

UNIA



DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

Ex-SGB-Chef: Was macht eigentlich Paul Rechsteiner? Seite 7



Meghan rühmt Gewerkschaft

Die Herzogin hätte sich bei den Windsors eine Gewerkschaft gewünscht. Seite 6

Ex-SNB-Chef für Staatsfonds

Philipp Hildebrand denkt weiter als sein Nachfolger. Seite 9

Nicht just

Wildwest-Methoden des Appenzeller Kosmetik-Konzerns in Argentinien. Seite 5

Scintilla in St. Niklaus VS

Corona
weggesägt

Ihr
Recht
auf mehr

So funktioniert das mit den Ergänzungsleistungen. Der work-Ratgeber. Seiten 14-15

Die **Sägeblattproduzentin** profitiert vom **Heimwerkenboom**. Und auch sonst ist das **Oberwallis** eine **industrielle Erfolgsgeschichte**. Seiten 10-11



workedito
Marie-Josée Kuhn

ALLES IST MÖGLICH

In diesen Zeiten ist alles möglich: plötzlich exponentielles Wachstum der Ansteckungen, plötzlich Mutantenviren, plötzlich 2000 Tote an einem einzigen Tag. So geschehen in Brasilien. Dessen neofaschistischer Präsident Jair Bolsonaro ist ein Coronaleugner und zieht jetzt auch noch gegen die Corona-Impfung in den Krieg. Bereits drei Gesundheitsminister hat er erledigt, der vierte folgt sogleich. Plötzlich ist alles möglich, denn die Pandemie hat unser ganzes

Berset, ein Berserker! Berset, ein Weichei!

Leben verändert. Wir gehen uns aus dem Weg, wir tragen Masken, das Feierabendbier war gestern,

die Ferien sind am Nimmerleinstag, wenn überhaupt. Ist Kurzarbeit, ist Homeoffice, sind Schnelltests, Spucktests, sind plötzlich ganz viele neue Wörter da – und weder Parties noch Grossdemos. Wegen Corona streiken die Metaller in Deutschland mit den Schuhen. Dort, wo Siemens Stellen abbauen möchte, stellen sie sie vors Werkstor: Tausende Turn-, Arbeitsschuhe und rosa Gummistiefel (Seite 10).

DAUERBESCHUSS. In diesen Coronazeiten ist wirklich alles möglich: Ein Immunologieprofessor, der nach einer Hirnoperation und mehreren Hirnschlägen und epileptischen Anfällen und einer Lungenentzündung aus dem plötzlichen Koma erwacht und hört: «Guten Tag, Sie haben grad Covid-19 überlebt!» Er heisst Beda Stadler. Eine Sägeblattfabrik, die den grössten Boom aller Zeiten genießt, weil die Do-it-yourself-Fans in der Pandemie zu Hause plötzlich basteln wie die Wilden. Sie heisst Scintilla (Seite 11). Und ein Bundesrat, der seit einem Jahr unter Dauerbeschuss steht. Er heisst Alain Berset. Berset soll endlich durchgreifen! Berset ist ein Diktator! Gesundheitsminister Berset, ein Berserker! Ein Weichei! Soll gehen! Soll kommen! In diesen Coronazeiten ist einfach alles möglich. Bei vielen Medien morgen auch das Gegenteil der dicken Schlagzeile von gestern: zu hart, zu weich, zu breit, zu schmal, zu lasch, zu harsch: die Corona-Massnahmen. Macht endlich die Terrassen auf! Macht endlich die Läden zu! Testen, Testen, Testen! Pieks, Pieks, Pieks! Oder umgekehrt! Je nachdem, was grad passt. Je nachdem, wer grad einflüstert.

LINKSUMKEHRT. Seit Jahrzehnten stemmt sich die FDP vehement gegen alle Vorstösse, die eine stärkere staatliche Beteiligung an der Impf- und Medikamentenproduktion in der Schweiz verlangen. Zum Beispiel eine Volksapotheke. Damit wir in der Krise nicht von internationalen Multis abhängig wären. Wie jetzt. Doch nun schreit der Freisinn plötzlich linksrumkehrt nach mehr Staat. Und beschuldigt das Bundesamt für Gesundheit (BAG), ein Angebot der Lonza für eine eigene Impfstrasse fahrlässig ausgeschlagen zu haben (Seite 8). In diesen Coronazeiten ist einfach alles möglich. Selbst schon wieder ein Editorial über Corona.

AHV-Abbau-Debatte: 314 187 Frauen und Männer sagen «Stop!» Frauenrenten: «Hände weg!»

314 187 Menschen unterschrieben innert kürzester Zeit einen Appell gegen einen weiteren Rentenklau an den Frauen. Die rechte Ständeratsmehrheit pfeift darauf.

CLEMENS STUDER

Jetzt reicht es den Frauen – und sie setzen ein starkes Zeichen: 314 187 Menschen unterschrieben innert weniger Wochen den offenen Brief «Hände weg von den Frauenrenten!» In so kurzer Zeit wurden in der Schweiz noch nie so viele Unterschriften online gesammelt. Der Appell wurde von den Gewerkschaften lanciert und am 15. März der Bundeskanzlei übergeben. Bei der Übergabe der Unterschriften sagte Unia-Präsidentin Vania Alleva: «Wer sein ganzes Leben lang gearbeitet hat, verdient eine Rente, die zum Leben reicht. Das gilt auch für Frauen, das ist heute noch nicht der Fall!» Und SP-Co-Präsidentin Mattea Meyer ergänzte: «Altersarmut ist oft weiblich. Es braucht jetzt höhere AHV-Renten und sicher keinen Rentenabbau.»

RENTENKLAU AN FRAUEN

Doch genau das will die rechte Mehrheit im Ständerat. In den nächsten Jahren braucht die AHV vorübergehend mehr Geld, weil die geburtenstarken Jahrgänge ins Pensionsalter kommen. Das nehmen die rechten Parteien einmal mehr zum Anlass, die AHV frontal anzugreifen. Sie schreiben «Sanierung» und meinen Abbau. Statt der auch schon mickrigen 700 Millionen Franken zur Abmilderung der Frauenrentenkürzung, wollen



UNIA-PRÄSIDENTIN VANIA ALLEVA BEI DER ÜBERGABE DES AHV-APPELLS: «Wer sein ganzes Leben lang gearbeitet hat, verdient eine Rente, die zum Leben reicht. Das gilt auch für Frauen!» FOTO: YOSHIKO KUSANO

sie nur 430 Millionen sprechen. Der Hintergrund: Die AHV ist das wichtigste Sozialwerk der Schweiz. Weil es im soliden, preiswerten und solidarischen Umlageverfahren finanziert ist. Ohne teure Umwege über das Finanzcasino. Und weil Grossverdiener mehr bezahlen, als sie bekommen. Eine saubere Sache also. Doch den Banken und Versicherungen und den von ihnen finanzierten rechten Parteien von jeher ein Dorn im Auge.

VERFASSUNGSWIDRIG

Die Erhöhung des Frauenrentenalters unter dem «Aspekt Gleichberechtigung» ist eine beliebte Taktik gerade jener Parteien, die sich sonst mit Händen und Füssen gegen Gleichstellungsanliegen weh-

ren. Dabei wäre das Gegenteil eines weiteren Frauenrentenabbaus angesagt: Frauen erhalten bereits

Die Gewerkschaften werden gegen eine AHV-Abbauvorlage das Referendum ergreifen.

heute rund einen Drittel weniger Rente als die Männer – auch weil sie während ihres Erwerbslebens benachteiligt sind. Im Schnitt verdienen Frauen für vergleichbare Arbeit rund 20 Prozent weniger. Das widerspricht der Verfassung. Aber weil die Schweiz kein Verfassungsgericht hat, foutiert sich die rechte Parlamentsmehrheit seit

Jahrzehnten darum. Die Vertreterinnen und Vertreter der rechten Parteien im Ständerat setzen sich über den kraftvollen und breit abgestützten Gewerkschaftsappell hinweg. Und folgen im wesentlichen den Vorschlägen ihrer beratenden Kommission. Das heisst: das Frauenrentenalter soll erhöht werden. Die Kompensation wird weiter gesenkt. Konkret: Die bereits mickrigen 700 Millionen Franken, die der Bundesrat vorschlägt, sollen auf 430 Millionen jährlich weiter gedrückt werden.

Das Geschäft geht jetzt in den Nationalrat. Bereits jetzt ist klar, dass die Gewerkschaften gegen eine AHV-Abbauvorlage das Referendum ergreifen werden.

Basler Plattenlegerverband bricht Verhandlungen ab Chefs beharren auf GAV-Kündigung

Kommando zurück! Die Plattenlegermeister bleiben stur, trotz erster Verhandlungsrunde: entweder Lohnkürzungen oder Vertragskündigung.

MICHAEL STÖTZEL

Vor einer Woche sah es auf einmal wieder gut aus: Endlich hatten sich der Basler Verband der Plattenleger und die Unia wieder an einen Tisch gesetzt. Anderthalb Jahre nach der Forderung der Chefs, die Mindestlöhne schrittweise um 410 Franken zu kürzen, und ein Jahr nach der Kündigung des regionalen GAV auf den 31. März 2021. Die Unia nahm das Ende der Gesprächsverweigerung als

Eine Verständigung mit der Unia ist zwingend.

Signal für die Verhandlungsbereitschaft der Meister über den von ihnen vorgegebenen Kündigungsgrund: Einerseits die unfaire Konkurrenz ausserkantonaler Firmen auf dem heimischen Markt, die dank dem nationalen Plattenleger-GAV bevorteilt seien. Dieser schreibt nämlich niedrigere Mindestlöhne vor. Andererseits die Benachteiligung der Basler



VERKACHELT: Die Plattenlegermeister wollen die Mindestlöhne schrittweise um 410 Franken senken. FOTO: KEYSTONE

Firmen mit ihren höheren Löhnen bei Aufträgen in benachbarten Kantonen. Demgegenüber bekräftigten die Unialeute, dass grundsätzlich das Leistungsprinzip gelte, also die Löhne bezahlt werden müssten, die am Ort der Arbeitsleistung verbindlich seien. Damit sich ortsfremde Firmen an den Basler Vertrag halten, sollten intensivere Lohnkontrollen für gleich lange Spiesse aller Plattenleger sorgen.

ZWEITE RUNDE GEPLATZT

Auf dieser Grundlage hätten nun die Verhandlungen bereits

abgeschlossen und der regionale GAV fortgesetzt werden können. Dazu kam es jedoch nicht: Denn eine Mitgliederversammlung der Patrons beschloss nun am 16. März «klar», am Austritt aus dem GAV festzuhalten. Das teilte der Mandatsleiter des lokalen Gewerbeverbands, René Saner, in einer Mitteilung mit. Die zweite Verhandlungsrunde war damit geplatzt.

Daniela Bernardi, die Präsidentin des Basler Plattenverbandes, hatte schon früher gegenüber work erklärt: Ohne eine Anpassung an die tieferen Mindestlöhne des nationalen

Plattenlegervertrages könnten die Basler ein bis zwei Jahre ganz ohne GAV kutschieren und dann dem nationalen Vertrag beitreten. Und damit eine Auffanglösung skizziert, die die Patrons auf ihrem grenznahen Arbeitsmarkt zur Abwehr ausländischer Billigkonkurrenz sicher brauchen.

PROTESTTAG AM 26. MÄRZ

Die Patrons irren sich jedoch, wenn sie meinen, so eine Auffanglösung ergebe sich automatisch. Denn über einen Antrag, sich dem nationalen Vertrag zu unterstellen, redet auch die Gewerkschaft mit. Am Tisch sassen dann also wieder die gleichen Vertreterinnen und Vertreter der Unia, mit denen die Chefs jetzt stur eine Lösung blockieren, die dann aber dem Beitritt zum nationalen GAV zustimmen müssten. Mit anderen Worten: Ohne vorherige Verständigung mit der Unia bekommen die Patrons diese «Lösung» nicht.

Die Gewerkschaft hat den Verband jetzt aufgefordert, am 24. März «unterzeichnungsbereit» an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Unterdessen schliesst sie die Vorbereitungen des geplanten Protesttages ihrer Mitglieder in der Branche am 26. März ab.

Trotz Kurzarbeit entlassen: Hotelier haut Koch Fabien Casimiro (33) in die Pfanne

«Ich war ziemlich am Boden!»

Faule Sache: Zuerst reduziert der Chef seinem Koch das Pensum. Dann schickt er ihn in Kurzarbeit und stellt ihn schliesslich trotzdem auf die Strasse.

CHRISTIAN EGG

Die Idee der Kurzarbeit ist gut: In Restaurants oder anderen Betrieben, die schliessen müssen oder zu wenig Arbeit haben, übernimmt die Arbeitslosenversicherung mindestens 80 Prozent der Löhne der Mitarbeitenden. Diese behalten so ihre Stellen, und die Firma muss sich um die Lohnkosten keine Sorgen machen.

Doch beim Koch Fabien Casimiro aus Flums SG lief es nicht so. Fast zwei Jahre lang bereitete er in einem Ferien- und Seminarhotel das Frühstück zu. Zudem führte er im Haus kleine Reparaturen aus oder schaufelte Schnee, «was es halt noch zu tun gab», sagt der 33jährige. Dann, Ende Januar, stellte ihn sein Chef aus wirtschaftlichen Gründen auf die Strasse. Und dies, obwohl er kurz zuvor für seinen Mitarbeiter Kurzarbeit bewilligt bekam!

LOHN HALBIERT

Das ist noch nicht alles. Die Geschichte fing schon im letzten Dezember an. Casimiro: «Damals fragte mich der Chef, ob ich rückwirkend auf Anfang Monat mein Pensum reduzieren könne, von 100 auf 80 Prozent.» Wegen des Coronavirus habe das Hotel weniger Gäste, es sei eine schwierige Zeit, man wolle aber kein Personal entlassen. Casimiro willigte ein, obwohl sein Lohn dadurch von 4000 Franken brutto auf 3200 sank. «Ich sagte mir, besser 80 Prozent als eine Kündigung. Ich war froh, dass ich die Stelle behalten konnte.»

Dann, am 3. Januar, kommt seine Vorgesetzte auf ihn zu – und schickt ihn nach Hause. «Sie sagte mir, ich sei ab jetzt in Kurzarbeit.» Jetzt wird Casimiro dafür bestraft, dass er einwilligte, sein Pensum zu senken.

«Ich sagte mir, besser 80 Prozent Lohn als die Kündigung.»

FABIEN CASIMIRO, KOCH

Denn die Entschädigung für Kurzarbeit stellt auf den letzten erhaltenen Lohn ab. Bei ihm also auf 3200 Franken. Die Kurzarbeitsentschädigung, mit der er jetzt auskommen muss, ist nur noch 2133 Franken im Monat. Das reiche unmöglich zum Leben, sagt Unia-Mitglied Casimiro: «Besser wäre gewesen, die Firma hätte mich gleich in Kurzarbeit geschickt. Aber ich tröstete mich damit, dass ich immerhin meine Stelle noch hatte.»

Bis zum 21. Januar. Da bekommt er ein SMS von der Vorgesetzten, er solle doch am nächsten Montag ins Hotel kommen. Er fragt zurück: «Soll ich die Arbeitskleider mitnehmen?» – «Nein», kommt die Antwort zurück. «Da wusste ich, irgendetwas ist faul.» Und tatsächlich: Er bekommt die Kündigung. Mit der Begründung, das Hotel habe aufgrund der Coronakrise wirtschaftliche Einbußen erlitten.

Fabien Casimiro sagt: «Ich war ziemlich am Boden.» Er habe den Chef gefragt, weshalb er diesen



KOCH CASIMIRO: Sein Lohn sank innerhalb von zwei Monaten von 4000 Franken auf 2133 Franken.

FOTO: SAMUEL TRÜMPY

Weg gewählt habe mit der Pensenreduktion, dann der Kurzarbeit und dann trotzdem der Entlassung. «Er gab zur Antwort, er habe es wirklich probiert, eine Entlassung zu vermeiden, aber es sei wirtschaftlich nicht aufgegangen.»

BETRIEB HANDELT KOPFLOS

Angela Thiele von der Unia Ostschweiz-Graubünden kritisiert das Vorgehen des Hotels: «Das ist völlig unlogisch!» Zusätzlich zur Kurzarbeit habe ein Betrieb, der wirtschaftlich in eine schwierige Lage gerate, auch Anspruch auf eine Härtefall-Entschädigung. «Diese beiden Instrumente haben Bundesrat und Parlament extra geschaffen und ausgebaut, um Entlassungen während der Krise zu vermeiden. Es ist skandalös, wenn Firmen das nicht nutzen.»

Unia-Gastrochef Mauro Moretto sagt, Wirte und Hoteliers, die jetzt Personal entlassen, rechnen falsch (siehe Kasten rechts). Falsch gerechnet hat auch der Chef von Fabien Casimiro. Das hat Unia-Frau Thiele bei der Kontrolle der Abrechnungen festgestellt: «Die Kurzarbeitsentschädigung, die er ausbezahlt hat, ist viel zu tief. Da fehlen 550 Franken.» Casimiro hat jetzt beim Hotel interveniert, damit er den vollen Betrag bekommt.

Noch besser: Kurz vor Redaktionsschluss meldet er sich erneut bei work und sagt: «Ich habe eine neue Stelle gefunden! Morgen fange ich an.»

Unia-Mann Moretto: «Wer jetzt Leute entlässt, rechnet falsch»

Mitarbeitende entlassen, anstatt das Instrument der Kurzarbeit zu nutzen: Laut Mauro Moretto, Gastgewerbe-Verantwortlichem bei der Unia, kommt das in der Branche seit Ausbruch der Coronakrise immer wieder vor: «Die Geschichte von Fabien Casimiro ist leider kein Einzelfall.»

CHANCE FÜR WEITERBILDUNG. Einige Betriebe argumentieren, sie müssten bei Kurzarbeit weiterhin die Beiträge für AHV und Pensionskasse berappen. Die machen im Gastgewerbe nicht ganz zehn Prozent der Lohnsumme aus. Moretto hält dagegen: «Wer jetzt Personal abbaut, verliert Know-how. Nach der Krise muss eine Firma diese Leute wieder suchen und dann einarbeiten. Das kostet.» Für ihn ist deshalb klar: «Wer jetzt Leute entlässt, rechnet falsch.» Zumal Betriebe jetzt die Möglichkeit hätten, Mitarbeitende in eine Weiterbildung zu schicken – und während der Kursdauer eine Entschädigung erhalten, die, so Moretto, fast so hoch sei wie der zu bezahlende Lohn. Dies dank der zusätzlichen Subventionen der Sozialpartner (www.weiterbildung-inklusive.ch). Die Aktion wurde kürzlich bis Ende 2021 verlängert. (che)

Die Unia entdeckt Grusel-Baustelle

GENÈVE. Auf einer Baustelle der Frutiger AG haben sich 11 von rund 20 Arbeitern mit Corona angesteckt. Bei einer Kontrolle stellte die Unia fest: Die Arbeiter mussten sich aus Platzmangel in derselben Baracke umziehen, in der sie auch ihre Mahlzeiten einnahmen – was schon unter normalen Umständen nicht zulässig ist. Und: «Nebenan assen auch noch mehr als 10 Arbeiter in einer einzigen Baracke», berichtet Unia-Mann José Sebastiao. Erst nach mehrmaliger Intervention der Unia war die Frutiger AG bereit, zusätzliche Baracken hinzustellen.

Knausrige Post

BERN. Bei der Post gibt's dieses Jahr keine Lohnerhöhung: Die Sozialpartner konnten sich nicht einigen. Die Gewerkschaften Syndicom und Transfair zeigten sich enttäuscht. Sie seien weit von ihren Forderungen abgerückt, doch die Post habe auf dem absoluten Minimum beharrt, das sie gemäss Gesamtarbeitsvertrag ohnehin schulde. Nämlich 0,4 Prozent der Lohnsumme. Und dies, nachdem sich die Pösterinnen und Pöster täglich dem Corona-Risiko ausgesetzt und eine Rekordflut an Paketen bewältigt hätten. Jetzt kommt eine Schlichtungskommission zum Zug.

Geschäft mit dem Tod explodiert

BERN. Die Schweizer Exporte gingen im Coronajahr 2020 insgesamt um 4 Prozent zurück. Doch die hiesigen Waffenhändler legten um 24 Prozent zu. Für über 900 Millionen Franken verkauften Schweizer Hersteller Waffen und anderes Kriegsmaterial in die ganze Welt. So viel wie noch nie zuvor. Unter den Käufern befinden sich auch Staaten wie Saudiarabien, das im Krieg in Jemen mitmischte. Und Pakistan, das sich mit Indien ein explosives Säbelrassel liefert. Und auch der Folterstaat Indonesien konnte sich mit Schweizer Kriegsmaterial eindecken.

Lula kann kandidieren

SÃO PAULO (BR). Brasiliens linker Ex-Präsident Lula da Silva (75) ist politisch zurück: Ein oberster Richter hat alle vier Urteile gegen ihn aufgehoben. Damit ist der Weg frei für den ehemaligen Gewerkschaftschef, den rechtsex-



Luiz Inácio Lula da Silva. FOTO: KEY

tremen Amtsinhaber Jair Bolsonaro (65) im nächsten Jahr herauszufordern. Lula wurde in einem umstrittenen Prozess verurteilt und im Wahljahr 2018 verhaftet. Dies verhinderte, dass er – trotz guten Chancen – als Präsidentschaftskandidat gegen Bolsonaro antreten konnte.

workfrage:

Braucht die Schweiz ein Kündigungsverbot bei Kurzarbeit?

Schreiben oder mailen Sie uns Ihre Meinung zu diesem Thema! Eine Auswahl der Antworten lesen Sie in der nächsten Ausgabe.

E-Mail oder Brief an:

work, Frage,
Postfach 272, 3000 Bern 15,
redaktion@workzeitung.ch



Die Briefträgerin & die Floskeln

Es gibt schöne Redensarten. Der Abschiedsgruss «schönes Wochenende» an die Adresse der Arbeitskolleginnen und -kollegen, am Freitag oder Samstag geäussert, gefällt der Briefträgerin zum Beispiel sehr. Er drückt das Be-



Katrin Bärtschi ist Briefträgerin in Bern und Gewerkschafterin.

wusstsein aus, dass Freizeit winkt. Eine Zeit, die vielen Leuten kostbar ist. Einander eine schöne zu wünschen ist sympathisch.

NEUE FLOSKELN. Eine neue Zeit bringt eine neue Sprache. Und mit ihr neue Floskeln. Der Duden hat in seine Ausgabe von 2020 nach eigenen Angaben 3000 neue Begriffe aufgenommen. Und hält fest: «Mit Neuaufnahmen wie dem berüchtigten

Es gibt richtig schöne Floskeln, manche sind aber gedankenlos.

«Covid-19» oder «Social Distancing» zeigt er sich ganz am Puls der Zeit.» Immer wieder staunt die Briefträgerin, wie rasch und verbreitet die Parolen des Zeitgeists übernommen werden. Wie selbstverständlich und modebewusst die Neukreationen verwendet werden. Als gehörten sie seit Ewigkeiten zum gängigen Sprachgebrauch. «Fallzahlen», «Abstand einhalten», «Infektionsraten», «gendergerecht», «wertschätzend» usw. usw. Oder frühmorgens im Zug, empfundene zehntausend Mal gehört: «Werte Fahrgäste, bitte beachten Sie, dass im öffentlichen Verkehr eine Maskenpflicht besteht...» Die Briefträgerin fragt sich zum x-ten Mal, ob es wohl eine echte oder eine künstliche Frauenstimme sei, die die Parole wiederholt und wiederholt. Oder sie verdreht zusammen mit den anderen Fahrgästen die Augen über der Maske und hört weg. Die Verkäuferin im Supermarkt – wie viele hundert Mal pro Tag repetiert sie wohl: «Äs schöns Tägli und gueti Gsundheit!»?

Angenommen, die Briefträgerin sei auf dem Heimweg vom Besuch bei der Ärztin, im Sack eine MS- oder Krebsdiagnose. Nun liest sie hier auf einem Plakat «Bleiben Sie gesund», dort trifft sie einen flüchtigen Bekannten, der wünscht: «Bliib gesund!» Der Lautsprecher im Laden mahnt: «Halten Sie Abstand und bleiben Sie gesund!» Usw. usw. Was empfindet die Briefträgerin – oder sonst wer in ihrer Situation – wohl dabei? Trauer? Zorn? Beides?

Es gibt Redewendungen, die sind richtig schön. Es gibt solche ohne besondere Bedeutung. Und dann gibt es die sehr unüberlegten und gedankenlosen Floskeln.

Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz: Vier Frauen brechen das Schweigen «Sie sind aber ein flottes Stück!»

Sarah Meyer, Claire Huguet, Sophie Benoit und Maria Martelli: drei Gastro-Mitarbeitende und eine Pflegeheim-Mitarbeiterin wollen sich Übergriffe im Job nicht länger bieten lassen.

JÉRÔME BÉGUIN, L'ÉVÉNEMENT SYNDICAL

Maske und Unia-Kappe tief im Gesicht, sind sie bereit, hinzustehen und von ihren Erlebnissen zu berichten, öffentlich, an einer Pressekonferenz. Was sie durchgemacht haben, plagt sie noch heute. Sarah Meyer*, Mitarbeiterin bei einer Genfer Fastfoodkette, sagt es so: «Alle akzeptierten dort das Inakzeptable.» Bald fiel die Mutter zweier kleiner Kinder ins Depressive, bald überkam sie die grosse Wut. «Ich bekam sogar Probleme mit meinem Partner, denn erst mochte ich ihm gar nichts erzählen, als ich aber nicht mehr konnte, erzählte ich es ihm doch. Er wollte den Geschäftsführer verprügeln gehen.» Das aber wollte Sarah Meyer nicht. Schliesslich ging sie zur Unia.

VORGESETZTER MUSS GEHEN

Als Meyer den Imbiss am ersten Arbeitstag betrat, spürte sie es sofort: «Es war wie in einer rechtlosen Zone.» Der Geschäftsführer stellte vor allem junge, gut aussehende Frauen an. Meyer: «Um genügend Arbeitsstunden zu bekommen, mussten wir bei den männlichen Vorgesetzten immer Bittbätti machen, mussten charmieren, mussten verführerisch tun.» Und die durften den Mitarbeiterinnen alles sagen, was ihnen grad so in den männlichen Sinn kam. Die ganze Palette sexueller Belästigungen mit Worten. Zum Beispiel begrüsst der Geschäftsführer Meyer mit: «Du bist aber ein flottes Stück!»

Ein unerträgliches Klima. Und eine fast ausweglose Situation. Dennoch nahm Meyer allen Mut zusammen und beschloss, sich zu wehren. Mit Erfolg! Nach der Intervention der Unia kassierte der Geschäftsführer eine Verwarnung, ein Vorgesetzter wurde gefeuert, und die anderen müs-

*Namen geändert



DAS INAKZEPTABLE NICHT AKZEPTIEREN: Sarah Meyer, Claire Huguet und Maria Martelli vor dem Eingang der Unia in Genf. FOTO: JÉRÔME BÉGUIN

sen sich neuerdings benehmen. Sarah Meyer staunte nicht schlecht: «Die sind seither wie umgedrehte Handschuhe, das ist genial, dank der Unia!»

Weniger Glück als Meyer hatte Pflegeheim-Mitarbeiterin Maria Martelli*. Denn beim täglichen sexuellen Übergriff in einer abgelegenen Ecke im Flur, den sie erleiden musste, gab's keine Zeugen. Er, der übergriffige Arbeitskollege, ist deshalb immer noch dort. Und sie, das Opfer, muss nun Beweise liefern. Und wurde auf eine andere Abteilung «strafversetzt». Als wäre sie die Täterin.

JEDEN TAG DIESE SPRÜCHE!

Bereits während des Anstellungsgesprächs warnte Claire Huguets Chef sie vor ihren künftigen Arbeitskollegen: Sie seien zwar etwas heavy, aber liebenswürdige Typen. Tatsächlich erlebte die Fastfood-Mitarbeiterin dann ein Arbeitsklima, wo sexuelle Belästigungen zum Alltag gehören. Huguet: «Kam ich zum Beispiel geschminkt zur Arbeit, fragten sie mich, für welchen von ihnen ich es denn getan hätte.» Alle Mitarbeiterinnen standen

unter ständiger Beobachtung der Kollegen, sie mussten dauernd Kommentare über ihr Äusseres über sich ergehen lassen oder unerwünschte Berührungen. Huguet dachte, dass sie das nicht aushalten würde, aber sie brauchte den Job. Den Lohn. Also ging

«Kam ich geschminkt zur Arbeit, fragten die Typen mich, für welchen von ihnen ich es denn getan hätte.»

FASTFOOD-MITARBEITERIN CLAIRE HUGUET

sie vermehrt auf Distanz, begann sich zu wehren. Plötzlich wurde sie jetzt als Feministin gehänselt. Doch die Belästigungen gingen weiter. Irgendwann wurde sie krank. Kündigte. So, wie auch Arbeitskollegin Sophie Benoit*. Noch heute mag sie nicht mit aufs Foto.

Benoit hatte bisher stets gedacht, sie sei eine starke Frau. Schliesslich machte sie Militär. Und schliesslich hatte sie auch schon Arbeitskollegen bremsen müssen. Doch diesmal war

alles anders: Drei Monate lang wurde sie von gleich drei Männern belästigt. Täglich! Benoit: «Sie fragten mich jeden Morgen, was mein Freund und ich eigentlich so im Bett machten. Oder als ich Rückenweh hatte, da wollten sie mich massieren.» Ein Kollege sagte ihr ebenfalls täglich, eines Tages werde sie sich gewaltig in ihn verlieben, sie werde schon sehen.

Sophie Benoit sagte ihnen, sie sollten damit aufhören. Vergeblich! Irgendwann brach Benoit ein, meldete sich krank und rief den Direktor an, um ihm alles zu erzählen. Der meinte, es handle sich da wohl um Missverständnisse, und gab indirekt ihr die Schuld.

Benoit und Huguet gingen schliesslich gemeinsam zur Unia. Diese intervenierte. Jetzt läuft in diesem Restaurant eine externe Untersuchung. Die Unia Genf bleibt dran. Umso mehr, als seit der Me-Too-Kampagne viel mehr Frauen die Gewerkschaft aufsuchen würden, sagt Unia-Frau Aros. Frauen, die Ähnliches erlebt haben wie Sarah, Claire, Maria und Sophie.

Haarsträubende Zustände bei DPD: Jetzt schaltet sich SGB-Chef Maillard ein «Die Postcom muss endlich hinschauen!»

Lohndumping, Stress und täglich Gratisarbeit beim Päckliedienst DPD: Und wo bleibt die Aufsichtsbehörde Postcom?

CHRISTIAN EGG

Drei Stunden Gratisarbeit pro Tag, überladene und klapprige Fahrzeuge, gesetzeswidrige Lohnabzüge: Vor zwei Wochen machte die Unia haarsträubende Zustände beim Päckliedienst DPD publik. work berichtete hier: rebrand.ly/workdpd. Mit einem System aus Subunternehmen versucht der internationale Päckliedienst, sich vor seiner Verantwortung zu drücken, anstatt branchenübliche Arbeitsbedingungen zu gewährleisten. Obwohl er laut Postgesetz dazu verpflichtet wäre.

Die haarsträubenden Verhältnisse haben deshalb auch mit dem Versagen der Post-Kontrollbehörde Postcom zu tun. Denn obwohl es schon 2017 Meldungen über Ungereimtheiten bei der Nummer zwei im Schweizer Paketmarkt gibt, finden sich in den

Postcom-Jahresberichten keinerlei Hinweise auf eine Kontrolle. Geschweige denn auf eine Busse, wie sie die Postcom laut Gesetz aussprechen

den der Arbeitszeit ist eine gesetzliche Vorgabe. Wie erklärt der Bundesrat, dass DPD bzw. ihre Subunternehmen diese Vorgabe missachten, ohne dafür sanktioniert zu werden?»

Nach zwanzig Jahren Deregulierung des Postmarktes, so Maillard, sei die Bilanz «katastrophal». Das Verteilen von Paketen bedinge hohe Investitionen, etwa in Fahrzeuge und Sortieranlagen. «Die einzige Variable, mit der eine Firma die Kosten senken und den Profit steigern kann, sind die Löhne und die Arbeitsbedingungen.»

GRIFFIG. Für Maillard ist auch politisch klar: Es wäre besser gewesen, das Postmonopol in der öffentlichen Hand zu belassen. «Aber wenn man es schon zerschlägt, dann braucht es im Minimum eine starke Aufsicht mit griffigen Kontrollen vor Ort. Davon sind wir mit der Postcom und den kantonalen Arbeitsinspektoraten noch weit entfernt.»

ANTWORTEN. In einer Interpellation, die Maillard in der Frühlingssession des Nationalrates eingereicht hat, will der oberste Gewerkschafter der Schweiz konkrete Antworten vom Bundesrat. Etwa auf folgenden Punkt: «Das Erfas-



FOTO: KEYSTONE

DPD: Konzern drückt sich weiter

Für einige Fahrerinnen und Fahrer trägt die Auseinandersetzung mit DPD erste Früchte. Laut Roman Künzler, Branchenleiter Logistik bei der Unia, haben zahlreiche Subunternehmen jetzt begonnen, endlich die Arbeitszeit zu erfassen: «Viele Fahrerinnen und Fahrer haben jetzt deutlich kürzere Arbeitstage.»

INAKZEPTABEL: Allerdings wurstelt jedes Subunternehmen für sich – und längst nicht alle agierten dabei korrekt, so Künzler. Auch für die Tausende unbezahlten Arbeitsstunden aus der Vergangenheit sei keine Lösung in Sicht. Das Problem, so Künzler: «DPD versucht weiterhin, sich aus der Verantwortung zu stellen. Das ist inakzeptabel!» Zwar gibt es unterdessen erste Kontakte zwischen der Unia und dem DPD-Management. Aber bis Redaktionsschluss noch keine konkrete Zusage für Verhandlungen. (che)



«VERRAT»: Die Arbeiterinnen und Arbeiter von Just finden klare Worte für die Schweizer Firma. FOTO: YOUTUBE

In Argentinien entlässt Just über Nacht 52 Mitarbeitende. Doch:

Die Compañeros besetzen Schweizer Kosmetik-Fabrik

Täuschungsmanöver: Der Schweizer Kosmetikmulti Just schenkt in Buenos Aires den Mitarbeitenden als Corona-Bonus einen freien Tag. Als diese wiederkommen, stehen sie vor leeren Fabrikhallen.

JONAS KOMPOSCH

Tägliche Demos, eiskalte Manager und eine besetzte Fabrik: das sind die Zutaten des aktuell wohl heftigsten Arbeitskampfes in Buenos Aires, der Hauptstadt Argentiniens. Schon seit über einem Monat dauert er an und beschäftigt mittlerweile sogar das Arbeitsministerium der Riesenmetropole. Mitten drin: die weltweit tätige Schweizer Kosmetikfirma Just AG mit Sitz in Walzenhausen AR – bekannt für ihre Kräutersalben und therapeutischen Öle. Und für ihre emsigen Haustürverkäuferinnen und -verkäufer (siehe Text unten). In Argentinien geschäftet Just mit der Partnerfirma Swissjust. Diese besorgte jahrelang den Vertrieb der Just-Produkte in Übersee. Bis zum 16. Februar: An dem Tag warf Swissjust auf einen Schlag alle

52 Arbeiterinnen und Arbeiter seines Verteilzentrums raus. Das bringt nun auch die Unia auf den Plan (siehe Spalte rechts).

Kurz vor dem Karnevalsmontag, einem nationalen Feiertag, war die Geschäftsleitung vor die Mitarbeitenden getreten – und hatte alle in ein verlängertes Wochenende geschickt. Logistiker Mardonio Racedo (40) sagt zu work: «Wir waren total überrascht.» Denn ausser am 1. Mai hätten sie bisher an jedem Feiertag arbeiten müssen. Nun aber schienen bessere Zeiten anzubrechen. Racedo: «Sie verkauften uns den freien Tag als Geste der Dankbarkeit für unseren Einsatz während der Pandemie.» Eine plausible Erklärung. Denn dem Hochbetrieb im Just-Verteilzentrum habe Corona nichts anhaben können.

FRISS ODER STIRB

Was tatsächlich hinter der «Geste der Dankbarkeit» steckte, zeigte sich nach dem Karneval: Die Belegschaft stand vor verriegelten Werkstoren und einer leergeräumten Fabrik. Heimlich waren übers Wochenende sämtliche Maschinen und Lagerbestände abtransportiert worden. «Es war der totale Schock!» sagt Racedo, der seit 20 Jahren für Just arbeitete.

Die Belegschaft war fassungslos. Dann plötzlich klingelte es. Ein Zoom-Anruf vom Vorgesetzten. In einem zehnminütigen Monolog erklärte dieser, der Standort sei definitiv Geschichte. Die Abfertigung der Produkte von Just übernehme fortan der Subunternehmer Transfarmaco, ein Logistikriesen zwei Autostunden entfernt. Wer dort arbeiten wolle, könne sofort anfangen und erhalte eine Abfindung. Wer den Arbeitgeber nicht wechseln wolle, erhalte die Abfindung ebenso. Wem aber beides nicht passe, werde entlassen, sobald dies wieder erlaubt sei. Ende der Durchsage. Ein Rauswurf mitten in der Coronakrise – das habe vielen Kolleginnen und Kollegen glatt die Sprache verschlagen. Zumal in Argentinien zurzeit Entlassungen generell verboten sind. Die Mitte-links-Regierung erliess vor bald einem Jahr ein entsprechendes Corona-Dekret zum Schutz der Lohnabhängigen. Doch Swissjust fand einen Schleichweg.

Arbeiter Racedo findet das Vorgehen «absolut unwürdig und frech». Das sei auch dem Management klar. So sei einer der Oberen direkt nach dem Geheimmanöver in die Ferien verschwunden. Ein Wechsel zu Trans-

farmaco sei für ihn jedenfalls schlicht unmöglich: «Zu lange und zu teuer wäre die Anfahrt, zu tief ist der Lohn, zu schlecht sind die Sozialleistungen, und auch die bei Swissjust erarbeiteten Dienstaltersvorteile würden wegfallen.»

DIALOG VERWEIGERT

So sieht es die Mehrheit der Mitarbeitenden im Betrieb. Deshalb besetzten sie kurzerhand die leergeräumte Fabrik. Und haben seither ein Pfand in der Hand, um ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen: sie wollen die Wiederaufnahme des Betriebs. Doch Swissjust ist nicht einmal zu Gesprächen bereit. Zwar bat das Management an den runden Tisch, nachdem das Arbeitsministerium ein Konsultationsverfahren angeordnet hatte. Doch galt die Einladung nicht den Betroffenen oder ihrer Gewerkschaft CISCTA. Sondern ausgerechnet der handzahmen Gewerkschaft Seoca. Sie gab öffentlich zu, bei Swissjust kein einziges Mitglied zu haben. Und sie sprach sich gegen die Besetzung aus. Aber die Swissjust-Geschassten machen weiter. Auch mit Demos, jüngst etwa vor der Schweizer Botschaft. Dazu Racedo: «Wir haben nichts mehr zu verlieren.»

Walzenhausen AR Unia-Protest bei Just

Solidarische Grüsse aus dem Appenzellerland. Solche schickte die Unia am 10. März an die Swissjust-Belegschaft von Buenos Aires.

JONAS KOMPOSCH

Und zwar per Instagram-Livestream vom Just-Hauptsitz in Walzenhausen. Dort hatte sich ein Gewerkschaftsteam zum Protest versammelt. Gleichzeitig demonstrierte ennet des Atlantiks die Swissjust-Belegschaft mit 100 Unterstützenden. Und grüsste digital zurück: «Euch, liebe Schweizer Compañeros und Compañeras, gilt un-



BEI JUST SCHWEIZ: Solidaritätsaktion der Unia. FOTO: UNIA



BEI JUST ARGENTINIEN: Belegschaft sagt danke! FOTO: ZVG

ser tiefster Dank. Nur euretwegen gelangt unser Anliegen an die oberste Firmeninstanz.»

UNFASSBAR. Tatsächlich stand in Walzenhausen auch Just-Geschäftsführer Heinz Moser auf Platz. Er erhielt von Unia-Mann Lukas Auer einen offenen Brief – und eine Standpauke: «Wenn Just wirklich «der sichere und attraktive Arbeitgeber» ist, wie es auf Ihrer Homepage heisst, dann geben Sie den Kolleginnen und Kollegen ihre Jobs zurück!»

Schweizer Just-Führung wusste von den Machenschaften in Argentinien.

Moser entgegnete, Swissjust habe «niemanden entlassen» und sei überdies «juristisch unabhängig von Just». Ausserdem sei der geschlossene Standort schlicht zu klein geworden, was unter anderem die Arbeitssicherheit beeinträchtigt habe.

Warum aber wurden die Mitarbeitenden hinters Licht geführt, wollte work wissen. Moser: «Für uns stand die sichere Belieferung der 75 000 Produktberaterinnen im Vordergrund. Auch sie haben Familien.» Also wusste die Schweizer Just-Führung genau, was Swissjust im Schild führte? Ja, lässt Moser durchblicken: «Wir waren stets nahe in den Prozess involviert und haben Wert darauf gelegt, dass die Mitarbeitenden drei gute Optionen erhalten.» Müssen demnach auch die Appenzeller Mitarbeitenden mit einem solchen Manöver rechnen? «Das steht nicht zur Diskussion, weshalb ich diese Frage nicht beantworten kann.» Würde die Just AG also genau gleich vorgehen, hätte sie nochmals die Wahl? «Absolut», sagt Geschäftsführer Moser.

Vom Pferdehaar zum Alpenkraut: Die wundersame Welt von Just

Im malerischen Dörfchen Walzenhausen AR hoch über dem Bodensee thront ein moderner Glaskomplex. Es ist der neue «Generationenbau» der Just AG – einer 1930 gegründeten und heute global tätigen Firma für Naturpflegeprodukte. Geführt wird sie in dritter Generation von den Brüdern Marcel und Hansueli Jüstrich. Ihre Kasernen klingeln selbst in Coronazeiten, denn das Geschäft mit der Körperpflege ist relativ krisenresistent. Heute kreieren am Hauptsitz 170 Mitarbeitende allerlei Kosmetika und Naturpflegeprodukte. Weitere

200 Mitarbeitende produzieren in Argentinien – 50 mehr als noch 2019.

Auf über 120 000 angewachsen ist zudem die Zahl der «Produktberater». Sie tingeln mit Koffern voller Salben und Wässerchen von Tür zu Tür. Oder veranstalten «Erlebnisparkies» für den Direktverkauf. Nur so, und nicht über Läden, gelangen die Just-Erzeugnisse an den Mann – und vor allem an die Frau: «Am liebsten sind uns verheiratete Frauen mit Kindern, die tagsüber zu Hause anzutreffen sind», sagte Marcel Jüstrich einst zum «NZZ Folio». Die Pro-

duktberaterinnen wirtschaften dabei auf eigene Faust. Wer nichts verkauft, verdient auch nichts.

ARGENTINIEN. Angefangen hatte Gründervater Ulrich Jüstrich übrigens mit Bürsten aus Pferdehaar. Eine Idee, die er aus seinen Wanderjahren in Argentinien mitbrachte und im Stickereilokal seines Vaters in die Tat umsetzte. Später politisierte der Patron für die FDP und als Anhänger der Moralischen Aufrüstung. Diese christlich-konservative



Just-Gebäude in Walzenhausen AR. FOTO: JUST.CH

Bewegung wollte den Kapitalismus zähmen, um den Kommunismus aufzuhalten. (jok)

EU-Politik Soziale Renaissance

Ist die EU sozial oder antisozial? Ein alter politischer Streit. Hat die EU nicht europaweit die Sparpolitik vorangetrieben, die Erhöhung des Rentenalters, das Einfrieren der Löhne, härtere Bestimmungen für Arbeitslose? Für einige ist die EU derart antisozial, dass sie sich lieber im eigenen Land abschotten wollen. Doch mit der antisozialen Politik verlor «Brüssel» immer mehr an



Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

Unterstützung. Davon profitiert haben die rechten Nationalisten. Darum hat die EU-Kommission vor vier Jahren die «Säule der sozialen Rechte» initiiert. Erste soziale Fortschritte folgten, so zum Beispiel mehr bezahlter Urlaub für Väter und Mütter. Und ein europäisches Arbeitsinspektorat zur Bekämpfung von Lohndumping.

AKTIONSPLAN. Die neue EU-Kommissionsschefin Ursula von der Leyen schrieb das soziale Europa dann direkt auf ihre Fahnen. Jetzt legt sie einen Aktionsplan mit zwanzig guten Punkten auf den Tisch: einem

Kein Grund, im Schweizer Réduit zu schmollen.

Mindestlohn, der zum Leben reicht; garantierter Beschäftigung für Jugendliche nach der Ausbildung; verstärktem Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz; Bekämpfung der Kinderarmut und anderem mehr. Am 6. Mai soll dieses Paket am EU-«Sozialgipfel» im portugiesischen Porto verabschiedet werden.

Nur: Die EU kann in der Mehrzahl dieser Bereiche gar keine verbindlichen Regelungen beschliessen. Denn Sozial- und Lohnpolitik liegen in der Kompetenz der einzelnen Mitgliedsländer. Die EU ist durch ihre Verfassung grundlegend eine Wirtschaftsunion und eben leider keine Sozialunion. Weil diese Grundkonstruktion der EU schief ist, fordert der Europäische Gewerkschaftsbund seit langem soziale Ergänzungen der EU-Verträge. Vergeblich! So besteht die aktuelle EU-Sozialpolitik denn aus Empfehlungen oder im besseren Fall aus Mindeststandards, die jedes Land in verbindliches Recht umsetzen soll. Das geschieht derzeit oft. Deshalb erlebt Europa gegenwärtig eine erfreuliche Renaissance der Sozialpolitik.

LOHNGLEICHHEIT. Viele Elemente der «sozialen Säule» wären übrigens auch für die Schweiz ein Fortschritt. So zum Beispiel die EU-Massnahmen für Lohngleichheit. Sie sind weit griffiger als das Schweizer Gesetz. Kein Grund also, über die antisoziale EU zu schimpfen und im Schweizer Réduit zu schmollen.

Unia online



12. Mai: Internationaler Tag der Pflege

Am 12. Mai gehen wir auf die Strasse für einen verstärkten Gesundheitsschutz, Investitionen ins Personal, eine faire Pflegefinanzierung und ein Ja zur Pflegeinitiative! Sei dabei und mach mit bei einer Aktion in deiner Region. Melde dich jetzt an: www.unia.ch/tag-der-pflege

Nach dem Interview von Meghan und Harry Zwingt eine Gewerkschafterin die Queen in die Knie?



SCHWESTERN IN DER REVOLTE: Wallis Simpson (1896–1986), Diana Spencer (1961–1997) und Meghan Markle (*1981). FOTOS: KEYSTONE

Das grosse Interview mit Meghan und Harry war grosses Kino. Und die Inszenierung des aus dem britischen Royal-Theater ausgestiegenen Paares ist auch erhellend.

CLEMENS STUDER

Es war einmal ein schönes Mädchen aus bescheidenen Verhältnissen. Das traf einen Königssohn. Die beiden verliebten sich. Es gab ein bisschen Verwirnis bei der Familie des Prinzen. Doch am Ende kam alles gut. Und die beiden lebten glücklich und zufrieden bis ans Ende ihrer Tage. So geht das im Universum der märchensammelnden Brüder Grimm. Doch das ist lange, lange her.

Heute geht das so: Es war einmal ein schönes Mädchen aus bescheidenen Verhältnissen. Mit einer dunkelhäutigen Mutter und einem verhaltensoriginellen weissen Vater. Es biss sich durch, wurde Lehrerin und machte später Karriere als Schauspielerin. Als Frau verdiente sie ihr eigenes Geld. Und zwar nicht zu knapp. Und einmal verheiratet war sie auch schon. Dann datete sie einen Prinzensohn. Der hatte bislang ausser Kampfhelikopterfliegen nicht viel auf die Reihe bekommen – auch weil er nicht musste. Geld war immer genug da, die Chance auf den Thron verschwindend klein. Die beiden verliebten sich. Es gab eine rauschend-steife Hochzeit, die in die ganze Welt übertragen wurde. Die bunten Klatschblättchen wurden noch bunter. Nicht zuletzt, weil die Braut farbiger war als die ganze Sippe, in die sie einheiratete. Die kommt nämlich ursprünglich aus Deutschland und wurde auf der britischen Insel immer bleicher. Dieses Klima hat schon viele Frauen gebrochen. Unter anderem die Prinzen-

mutter Diana. Die starb unter bis heute nicht wirklich geklärten Umständen bei einem Autounfall zusammen mit ihrem muslimischen Liebhaber. Doch die neue Prinzenfrau am Hof wollte sich nicht brechen lassen. Obwohl die Demütigungen an die Grenzen und darüber hinaus gingen. Wie sie jetzt selbst erzählt. Zusammen mit ihrem Mann und dem ersten gemeinsamen Kind floh sie aus den verregneten britischen Trutz- und Trotzburgen ins sonnige Kalifornien. Die beiden gaben den Austritt aus dem Königshaus.

DER LOTUS

Wir reden hier von Meghan Markle (39) und Prinz Harry (36). Sie hat Meriten und er jede Menge Titel. Und jetzt ein paar weniger. Die Abnabelung vom britischen Königshaus kostet. Plötzlich muss sich das Paar, das ein zweites Kind erwartet, selber über die Runden bringen. Sie hat darin Erfahrung, er eher weniger. Aber er scheint von seiner Frau zu lernen. Der Auftritt bei der US-Talkmasterin Oprah Winfrey am 7. März war bemerkenswert. Zuerst liess er Meghan reden, rund eine Stunde. Sie erzählte vom Kulturschock beim Eintritt in die «königliche Familie», von Strumpfwang, Suizidgedanken und Rassismus (englisch nachzulesen hier rebrand.ly/meghar). Alles perfekt inszeniert. Meghan trug ein Kleid des italienischen Modemachers Giorgio Armani. Dunkel, mit einem weissen Lotusblüten-Print. Als wollte sie ihre Wiederauferstehung aus dem royalen Sumpf noch weiter unterstreichen. Denn der Lotus zieht sich über Nacht zurück in den Schlamm und kommt am nächsten Morgen wieder blütenrein ans Tageslicht. Meghan zeigte damit – zusammen mit ihrer Low-Knot-Frisur (in der Schweiz

auch als «Bürzi» bekannt) – den Pferde-Kutschen-Uniformen-Royals die Inszenierungsmeisterin.

So oder ähnlich, wie sich einst die Auserwählte von König Edward VIII. gezeigt hatte. Auch Wallis Simpson war Schauspielerin gewesen. Auch sie eine US-Amerikanerin. Und auch Edward musste, weil er seine Wallis liebte, das Weite suchen und als König abdanken. Der US-amerikanische-britische Kulturkrieg geht weiter. Edward und Wallis allerdings verirrteten sich nach dem Buckingham-Ausstieg schwer und sympathisierten mit den Nazis.

DIE GEWERKSCHAFT

Das Interview der ausgestiegenen Royals schlug nicht nur in England ein wie eine Bombe. Etliche «alte weisse Männer» verloren die Contenance – und ein TV-Moderator gleich seinen Job, weil er Meghan vor laufender Kamera beschimpfte. Dabei haben Meghan und Harry nichts erzählt, was nicht erwartbar gewesen wäre. Ausser: die Sache mit «der Firma». Und wahrscheinlich hat Meghan da im ganzen Interview den wundesten und ehrlichsten Punkt getroffen. Sinngemäss sagte sie: «Früher war ich in einer Gewerkschaft. Die hat mich geschützt.» Seither macht die Gewerkschaft mit Meghan Mitgliederwerbung. Doch Gewerkschaften mögen weder alte Adlige noch die Neo-Feudalisten der digitalen Wirtschaft (Amazon, Google, Netflix & Co.). Und machen jetzt die grossen Deals mit Meghan und Harry.

Erweiterte Ladenöffnungszeiten: Bereits 18 Mal sagten die Stimmenden Nein Drei weitere Siege gegen die Turbolädeler

Verkäuferinnen und Verkäufer können jetzt aufatmen: Gleich dreimal gab's ein Nein zu längeren Ladenöffnungszeiten.

CHRISTIAN EGG

Soll noch jemand sagen, die Bernerinnen und Berner seien langsam. Schon einen Tag vor dem Internationalen Frauentag setzten sie in

«Für viele Leute hat der Shopping-Wahn eine Grenze erreicht.»

GIUSEPPE REO, UNIA

der Frauenbranche Detailhandel ein klares Zeichen. Und entschieden, dass zwei Sonntagsverkäufe pro Jahr genug sind. Zu einer Verdoppelung auf vier, wie es die rechte Mehrheit im Kantonsparlament gewollt hatte, sagten an der

Urne 54 Prozent Nein. Noch deutlicher, mit 65 Prozent, erteilten gleichentags die Zugerinnen und Zuger den rechten Jungparteien eine Abfuhr. Per Initiative hatten sie die Öffnungszeiten um eine Stunde verlängern wollen.

GRENZE. Unia-Mann Giuseppe Reo hat sich gegen beide Vorlagen ins Zeug gelegt. Denn er ist sowohl Regioleiter in der Zentralschweiz als auch, ad interim, im Berner Oberland. Reo sagt, er sei nicht ganz überrascht.

Schon beim Sammeln der Unterschriften fürs Berner Referendum habe sich gezeigt: «Für viele Leute hat der Shopping-Wahn eine Grenze erreicht. Sie wissen, dass eine Deregulierung nur den grossen Ketten und Shoppingcentern hilft, während kleine Läden nicht mithalten können.»



SHOPPING-TOUR: Längere Öffnungszeiten unerwünscht. FOTO: KEYSTONE

Die Bilanz der letzten 15 Jahre ist eindeutig: 24 Mal wurde in Schweizer Kantonen oder Gemeinden über eine Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten abgestimmt. Und 18 Mal, also in drei von vier

Fällen, sagten die Stimmenden Nein. Giuseppe Reo sagt: «Wir haben auf der Strasse gemerkt, dass die Leute sich nerven ob dieser Zwängerei. Die Deregulierungsturbos sollten den Volkswillen respektieren, statt immer und immer wieder eine neue Vorlage zu bringen.»

SIGNALWIRKUNG. Einen Tag nach der Abstimmung, am Frauentag, kam das Signal auch im Nationalrat an. Seine Kommission hatte die jährlichen Sonntagsverkäufe von vier auf zwölf verdreifachen wollen. Für zwei Jahre, und zwar mit einer Änderung des Covid-Gesetzes im letzten Moment. Doch der Nationalrat sagte Nein wie zuvor der Ständerat.

Drei weitere Niederlagen für die Turbolädeler. Wann hören sie die Signale?



SP-STÄNDERAT PAUL RECHSTEINER: «Es ist ein untragbarer Zustand, dass mehr als ein Viertel der Bevölkerung von den politischen Rechten ausgeschlossen ist.» FOTO: KEYSTONE

Was macht eigentlich Ex-SGB-Chef Paul Rechsteiner?

«Alle, die hier geboren sind, gehören zur Schweiz»

Vor zwei Jahren trat Paul Rechsteiner (68) als oberster Gewerkschafter zurück. Seither ist Corona über uns gekommen. Mit work hat er über die Pandemie-Politik des Bundesrates gesprochen und was ihm als Ständerat unter den Nägeln brennt.

RALPH HUG

work: Paul Rechsteiner, seit Sie nicht mehr SGB-Präsident sind, ist Ihnen sicher langweilig.

Paul Rechsteiner: Überhaupt nicht! Mit dem Gewerkschaftsbund fiel eine wichtige Aufgabe weg. Ich bin aber auch Ständerat und dort Präsident der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit. Und schliesslich bin ich immer noch als Anwalt tätig.

Wir erleben derzeit möglicherweise den Anfang der dritten Coronawelle. Sind Sie zufrieden mit der Pandemie-Politik des Bundesrates?

Unsere Kommission hat im wesentlichen die Politik des Bundesrats gestützt. Für die Medien war das offenbar wenig interessant. Wir konnten aber die Hilfsmassnahmen stark ausbauen und sie von Session zu Session weiterentwickeln. So ist eine ganze Reihe von Projekten gelungen, etwa die Verlängerung der Taggeldberechtigung oder die Kurzarbeitsentschädigung speziell für Tieflohnerinnen und Tieflohner. Es ging zwar nicht alles so weit, wie wir es uns gewünscht hätten. Aber die Richtung stimmt.

Was bedeutet diese Pandemie für Sie?

Corona ist sicher die einschneidendste Krise seit dem Zweiten Weltkrieg, mit enormen Folgen für den Alltag. Die staatlichen Interventionen haben eine nie gekannte Dimension erreicht. Der Staat hat in dieser Krise eine völlig andere, viel grössere Bedeutung erhalten.

Manche sprechen sogar von einem politischen Epochenbruch: Corona habe uns

gelehrt, was wirklich systemrelevant sei und was nicht. Einverstanden?

Schwer zu sagen, wenn man mitten in der Krise steckt. Politisch gesehen gibt es im Parlament immer noch eine solide bürgerliche Mehrheit. Sie hatte jedoch starke Limiten. Die FDP und ein Teil der CVP liefen der SVP hinterher. Das war im Nationalrat stärker als im Ständerat spürbar. Solche Manöver hatten aber immer nur kurze Beine.

Hat es der Bundesrat verpasst, eine eigene Impfstrasse aufzubauen und damit einen ausreichenden Nachschub an Impfstoff zu sichern?

Man muss die Situation im April und Mai letzten Jahres sehen. Sehr viele Impfstoffprojekte waren weltweit im Rennen. Welche sich am Schluss durchsetzen würden, war nicht absehbar. Ob es einen Unterschied gemacht hätte, wenn die Schweiz auch noch am Start gewesen wäre, ist rückblickend kaum zu beurteilen. Das heisst aber nicht, dass auf Dauer nicht gewisse Kapazitäten für Medizinprodukte geschaffen werden sollten, wie sie jetzt unter dem Stichwort «Volksapotheke» diskutiert werden.

Das Bundesamt für Gesundheitswesen (BAG) steht unter Dauerbeschuss. Zu Recht?

Gewisse Medien funktionieren in einem schrillen Klickmodus, sie bewirtschaften Empörungswellen. Dabei bleibt unbeachtet, dass die Schweiz nur vergleichsweise milde Einschränkungen erlassen hat. Es gab nie eine Ausgangssperre wie in andern europäischen Ländern. Sicher machte der Bund auch Fehler. Doch insgesamt habe ich den Eindruck, dass das BAG eine verantwortungsvolle Politik betrieben hat.

Themenwechsel: In einem neuen Vorstoss verlangen Sie, dass alle hier geborenen Menschen automatisch das Schweizer Bürgerrecht erhalten sollen. Ihre Kollegin, die grüne Ständerätin Lisa Mazzone aus Genf, hat zusammen mit Ihnen einen ähnlichen Vorstoss eingereicht. Warum kommen Sie gerade jetzt damit?

Die Zeit dafür ist überreif. Die Schweiz ist bei der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Integration sehr erfolgreich. Wir haben keine Ghettos. Doch politisch hinken wir weit hinterher. Es ist ein untragbarer Zustand, dass mehr als ein Viertel der Bevölkerung von den politischen Rechten ausgeschlossen ist.

Es gibt aber doch die erleichterte Einbürgerung für Angehörige der dritten Generation, vom Volk beschlossen.

Aber sogar die ist nicht richtig umgesetzt worden. Und im neuen Bürgerrechtsgesetz wurden die Anforderungen massiv heraufgeschraubt. Es ist extrem, was hier passiert: In gewissen Kantonen können sich fast nur noch Leute mit Studium oder höherer Bildung einbürgern lassen. Es geht aber um Leute, die hier geboren sind, eine Lehre gemacht haben, normal arbeiten und voll integriert sind. Sie gehören zur Schweiz.

Betreuen Sie als Anwalt solche Fälle?

Immer wieder. Zum Beispiel eine junge Frau in einer Rheintaler Gemeinde, die hier aufgewachsen ist und eine Lehre als Logistikerin absolviert hat. Im Einbürgerungstest konnte sie die Frage nach der Gewaltentrennung nicht beantworten. Wie viele Schweizerinnen und Schweizer können das? Und schon wurde ihr die Integrationsfähigkeit abgesprochen!

Woher kommt diese Feindseligkeit?

Der Widerstand gegen Einbürgerungen ist eine Folge der SVPisierung des politischen Klimas in den letzten zwanzig Jahren. Es herrscht das Gegenteil einer Willkommenskultur. Die Einbürgerungszahlen sinken heute sogar. Dabei machen auch viele Leute, die eingewandert sind, die Schweiz zum Erfolgsmodell. Die Entwicklung läuft in die falsche Richtung. Es ist ein Neustart nötig: Alle, die hier geboren sind, sollen das Schweizer Bürgerrecht erhalten.

Das ist ja nicht der erste Vorstoss in diese Richtung. Warum sollte er erfolgreicher sein als frühere, die scheiterten?

Die Gesellschaft hat sich stark gewandelt. Inzwischen ist eine ganz neue Generation da. Die Aussichten auf einen Durchbruch sind intakt. Es braucht aber eine engagierte Kampagne. Wir dürfen nicht vergessen, dass die letzten Versuche zur Verbesserung des Einbürgerungsrechts nur knapp abgelehnt worden sind. Es braucht auch einen Wandel in den Köpfen.

Wie sagen Sie das einem skeptischen Gewerkschaftsmitglied?

Die Gewerkschaften sind bereits höchst erfolgreiche Integrationsmaschinen. Hier zählt der Pass nicht, alle sind gleichberechtigt. Hier ist bereits Realität, was sich in der ganzen Schweiz durchsetzen soll.



la suisse existe
Jean Ziegler

MENSCHENJAGD

Die kroatische Grenze zu Bosnien-Herzegowina wird von Nato-Stacheldraht geschützt. Auf den schlammigen Wegen der kroatischen Seite patrouillieren maskierte Polizisten. Sie sind mit Handschellen und Schlagstöcken aus Stahl ausgerüstet und werden von Hunden begleitet, die auf Menschen dressiert sind.

«SCHILD EUROPAS». An dieser Aussengrenze der Europäischen Union, in Sarajewo, in Bihać und anderen Städten Bosnien-Herzegowinas, vegetieren Zehntausende von Flüchtlingen unter unmenschlichen Bedin-

Schweizer Beamtinnen und Beamte helfen mit, das universelle Menschenrecht auf Asyl zu liquidieren.

gungen. Sie stammen aus Syrien, aus dem von Krieg und Cholera verwüsteten

Jemen, aus Afghanistan, aus dem Südsudan. Einige von ihnen versuchen immer wieder, den Stacheldraht zu überwinden und mit blutigen Händen auf die andere Seite zu gelangen, um dort einen Asylantrag zu stellen. Die Polizisten jagen sie zurück. Unterschiedlos prügeln sie auf Frauen, Männer und Kinder ein.

Aktivistinnen und Aktivisten verschiedener europäischer Nichtregierungsorganisationen, die in den Lagern im Norden von Bosnien-Herzegowina präsent sind, begleiten die Flüchtlinge bis zur Grenze. Sie dokumentieren die Gewaltakte. Die Polizisten sind maskiert. Unter ihnen agieren regelmässig – so sagen es die Aktivisten – Beamte der europäischen Grenzschutzbehörde Frontex. Ursula von der Leyen, Präsidentin der EU-Kommission, lobt die Menschenjäger als «Schild Europas». Die Grenzschutz soll in diesem Jahr auf 10 000 Männer und Frauen aufgestockt werden. Gemäss dem EU-Budget soll sie im Verlauf der nächsten drei Jahre eine Finanzierung von 14,2 Milliarden Euro erhalten.

Bewaffnete Schnellboote von Frontex jagen in der Ägäis und im zentralen Mittelmeer die Schlauchboote der Flüchtlinge. Drohnen überwachen die Flüchtlingszüge in Nordafrika und die Gefängnisse in Libyen. In Ungarn und Kroatien unterstützen Frontex-Beamte die Schlägertruppen der lokalen Polizei.

«AUSSENGRENZE DER SCHWEIZ». Frontex schützt mit militärischer Gewalt die Aussengrenzen des Schengen-Raums, die gemäss Bundesrätin Karin Keller-Sutter auch «die Aussengrenze der Schweiz» ist. Unser Land sitzt im Verwaltungsrat der Organisation, und Keller-Sutter drängt dort regelmässig auf eine Verschärfung der Abschreckung. Schweizer Zollbeamtinnen und Zollbeamte und Polizisten sind für Frontex in Spanien, in Griechenland und in Süditalien im Einsatz. Sie helfen mit, das universelle Menschenrecht auf Asyl zu liquidieren.

Es ist ein unerträglicher Skandal, dass die Schweiz die Menschenjagd mit Personal und Geld unterstützt. Sie muss dringend und definitiv ihre Mitgliedschaft bei Frontex kündigen.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Im letzten Jahr erschien im Verlag C. Bertelsmann (München) sein neuestes Buch: **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten.**

Die Spitze der Blocher-Partei radikalisiert ihre Rhetorik

Will die SVP das Bundeshaus stürmen lassen?

Weil Fremdenfeindlichkeit nicht mehr so richtig zieht, setzt die SVP jetzt auf Corona. Und hofft damit, bei «Corona-Skeptikern» und den Opfern ihrer eigenen Wirtschaftspolitik zu punkten. Zündelt sie noch, oder zündet sie schon an?

CLEMENS STUDER

Als vor rund einem Jahr Corona über die Schweiz kam, ging die SVP für Monate unter. Nach einem letzten Aufbäumen, das zum Abbruch der letztjährigen Wintersession führte. Angeblich wegen der Pandemie. Tatsächlich aber, um die Überbrückungsrenten für ältere Arbeitnehmende bis nach der Abstimmung über die Kündigungsinitiative zu verzögern. Was nicht gelang, weil die Abstimmung über die Kündigungsinitiative wenig später auch wegen Corona vorschoben wurde. Und statt am 17. Mai erst am 27. September kra-

Roger Köppel bezeichnete die Debatte über das Corona-Gesetz als ...

chend scheiterte. In Coronazeiten kam das Politikmodell der SVP ins Stottern: «Fremde» und «die EU» als Sündenböcke zogen nicht mehr so gut. Dafür wurde deutlich, wofür sich die Führungsriege der Blocheristen wirklich interessiert: Klientelpolitik für Milliardärinnen und Milliardäre, internationale Konzerne und Immobilienhaie.

NOT AUSNÜTZEN

Hunderttausenden von Menschen in diesem Land geht es wegen der Massnahmen zur Pandemiebekämpfung finanziell schlechter als vor einem Jahr. Das müsste nicht sein. Das Geld für eine angemessene Entschädigung von Lohnabhängigen und Selbständigen wäre vorhanden. Doch die rechte Mehrheit im Bundeshaus lässt die Betroffenen im Regen stehen. Bremst, klemmt oder lehnt ab bei 100-Prozent-Kurzarbeitsentschädigung für Löhne bis 5000 Franken, beim Mieterlass für pandemiebedingt geschlos-

sene Restaurants und Läden. Und findet es völlig in Ordnung, wenn Firmen vom Bund zwar Kurzarbeitsentschädigung beziehen, gleichzeitig aber Dividenden an ihre Aktionärinnen und Aktionäre auszahlen. Vorne dabei bei all diesen Entscheidungen: die SVP. Und ihr Finanzminister Ueli Maurer.

«AUFHÄNGEN»

Die Verzweiflung bei vielen Menschen wächst. Doch manche von ihnen richten ihren Zorn auf die Falschen – den Bundesrat und seine Massnahmen zur Pandemiebekämpfung. Und schon hat die Milliardärspartei SVP ihre neuen Sündenböcke gefunden. Statt den «Fremden» schießt sie jetzt permanent gegen die eigene Regierung. Im Bundesrat hat die Rechte mit zwei SVP- und zwei FDP-Mitgliedern zwar die Mehrheit. Aber Fakten haben die SVP noch nie gestört. Und den grössten Teil ihrer Stammwählerinnen und Stammwähler auch nicht.

Deren Ton wird immer rauer. Politiker und – vor allem – Politike-

«... grössten parlamentarischen Freiheitskampf seit dem Jahr 1848»

rinnen, die nicht in der SVP politisieren, werden übelst beschimpft, beleidigt und bedroht. Auf den sogenannten sozialen Medien, in Mails oder per ganz traditionelle Post. Da liegt dann auch mal ein Strick im Paket mit der Aufforderung «sich aufzuhängen».

«DIKTATUR»

Klar verurteilen SVP-Exponentinnen und -Exponenten die Aktionen sol-



BERN - WASHINGTON: Die Kuppel des Bundeshauses lehnt sich an jene des Capitols an. Wie weit lehnen sich die Schweizer Rechtsnationalisten noch an jene in den USA (im Bild) an?

cher «Einzelfälle». Und radikalisieren sie kräftig weiter. Beispiel Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher: Die SVP-Erbprinzessin und ihr Vater Christoph bezeichnen Gesundheitsminister Alain Berset (SP) als Diktator. Beispiel Nationalrat Roger Köppel: Der SVP-Verleger forderte die Wirtinnen und Wirte zum Rechtsbruch auf. Und bezeichnete die parlamentarische Debatte über das Corona-Gesetz als den «grössten parlamentarischen Freiheitskampf in der Schweiz seit 1848». Beispiel Nationalrat Thomas Aeschi: Der SVP-Fraktionschef trat in der nationalrätlichen Fragestunde derart unflätig auf, dass es dem höchsten Schweizer Andreas Aebi reichte. Er ist ein Berner SVPlar – und rief zur Mässigung auf.

Nun hat die SVP in den Jahrzehnten ihres Aufstiegs die Grenzen

des öffentlich Sagbaren stets weiter eingerissen: doch jetzt scheint sie sich definitiv an Figuren wie dem abgewählten US-Präsidenten Donald Trump zu orientieren. Der hatte während seiner Amtszeit die Stimmung im Land immer mehr aufgeheizt. Auch er hatte Politik für die Milliardäre gemacht und die Verzweiflung der Gering- und Mittelverdienenden auf Sündenböcke gelenkt. Seine Abwahl akzeptiert er bis heute nicht und behauptet – zigfach widerlegt – finstere «linke Mächte» hätte ihn um den Sieg betrogen. Wohin solche Rhetorik bei verzweifelten oder verwirrten Menschen führen kann, sah die Welt am 6. Januar: Ein fanatisierter Mob von Trump-Fans stürmte das Capitol in Washington, wo das nationale US-Parlament sitzt. Es gab Tote.

Bundeshaus: Alles nur geklaut?

Das Berner Bundeshaus wurde in mehreren Etappen gebaut. Als letzter Teil der Parlamentstrakt. Also jener Teil, der heute als Bundeshaus erkannt wird. Er wurde zwischen den beiden bereits bestehenden Verwaltungsgebäuden erstellt und am 1. April 1902 offiziell eröffnet. Der Bau kostete 7,2 Millionen Franken, was heute ungefähr 700 Millionen entspricht. Über 16 Prozent der Kosten wurden in die künstlerische Ausstattung investiert.

CAPITOL. Entworfen hat das Bundeshaus Hans Wilhelm Auer. Dieser «orientierte» sich stark am US-amerikanischen Parlament, eben dem Capitol in Washington. (Quelle: Wikipedia)

Corona: Doch noch ein bisschen Vernunft beim Freisinn

Kann eine Pandemie per politischen Entscheid beendet werden? Ein Virus per Handerheben verscheuchen? Jeder vernünftige Mensch weiss: Nein! Doch genau das wollte die rechte Mehrheit der nationalen Wirtschaftskommission. Bundesrat entmachten, Ex-

FDP sträubte sich gegen den Kauf einer Impfstoffproduktion.

pertinnen und Experten zum Schweigen bringen, alles wieder öffnen, die wirksamsten Pandemiebekämpfungsmassnahmen aufheben. Und zwar exakt am 22. März. Der Anstoss kam von der SVP. Das ist nicht überraschend. Eher überraschend: Vertreterinnen und Vertreter von FDP und «Die Mitte» (Ex-CVP) höselten mit (work berichtete). Bis zur Debatte im Plenum kamen sie dann aber doch noch zur Vernunft und lehnten die Anträge ihrer Kommission grossmehrheitlich ab.

Dafür zündete die FDP mit gütiger Mithilfe der vereinigten Zentralredaktion der TA-Medien bereits die nächste Nebelgranate. Die ging so: das Bundesamt für Gesundheit (BAG) habe von der Lonza das Angebot bekommen, mit der Investition in eine Produktionsstrasse schneller zu mehr Impfstoff zu kommen. Der Bund habe abgelehnt. Das sei ein Skandal, der von einer parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) aufgearbeitet werden müsse.

Blöd I: Selbst wenn es ein solches Angebot in dieser Form gegeben hätte, hätte es der Bund gar nicht annehmen können. Die gesetzliche Grundlage fehlt.

Blöd II: Die gesetzliche Grundlage fehlt auch deshalb, weil sich die FDP seit Jahren gegen unzählige entsprechende Vorstösse von links gesträubt hat. Auch gegen einen Vorstoss der ehemaligen SP-Nationalrätin Bea Heim. Die Gesundheitspolitikerin hatte verlangt, dass die Armeepothek zur Volksapotheke und ihr Auftrag so



PHARMAINDUSTRIE: Der Impfstoff, den die Lonza in Visp produziert, gehört dem US-Konzern Moderna.

erweitert werde, dass sie der Versorgung der gesamten Bevölkerung mit Impfstoffen und Medikamenten diene.

Blöd III: Die Lonza produziert «nur» den Wirkstoff für die Impfung. Im Auftrag des US-Konzerns Moderna. Dieser lässt die Impfdof-

sen in Spanien fertigstellen. Der Impfstoff gehört gar nicht Lonza. Sowenig wie ein Sanitärinstallateur eine Eigentumswohnung verkaufen kann, in der er das Bad eingebaut hat, so wenig kann die Lonza Moderna-Impfstoffe verkaufen. So funktioniert Kapitalismus. Das müsste insbesondere die FDP doch eigentlich wissen.

Blöd IV: Die Schweiz hatte während über 100 Jahren einen Betrieb, der weltweit gefragte Impfstoffe produzierte: die Berna Biotech AG. Von ihr kamen Impfstoffe gegen Pocken, Diphtherie, Polio, Cholera, Hirnhautentzündung, Hepatitis, Grippe und die Covid-Vorgängerin Sars. 2005 steckte die Berna Biotech AG während der Vogelgrippe-Pandemie in wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Sie bewarb sich um die Lieferung von 100 000 Impfdosen, die der Bund ausgeschrieben hatte. Und bat gleichzeitig um eine Investitionshilfe von 12 Millionen Franken für eine Produktionsstrasse. Der damalige FDP-Bundesrat Pas-

cal Couchepin und der damalige SVP-Bundesrat Christoph Blocher lehnten ab. Und vergaben den Auftrag ins Ausland.

ZURÜCKRUDERN. Wenige Tage später ruderte FDP-Fraktionschef Beat Walti zurück. Jetzt plädiert die FDP plötzlich für die Möglichkeit, dass der Bund zumindest im medizinischen und pharmazeutischen Bereich Industriepolitik betreiben kann. SP-Co-Präsident Cédric Wermuth liess sich die Chance nicht entgehen und reichte einen Antrag ein, der möglich machen will, dass der Staat sich «am Aufbau oder der Sicherung von inländischen Produktionskapazitäten für Medikamente, Tests, Behandlungen oder Impfstoffe beteiligen (kann) oder sie mittels direkter, finanzieller Unterstützung fördern». Dann ging es plötzlich schnell: sowohl Ständerat wie auch Nationalrat wollen dem Bund diese Möglichkeit geben. Die Schlussabstimmung war erst nach Redaktionsschluss.

CLEMENS STUDER



PHILIPP HILDEBRAND: Der Ex-Chef der Schweizerischen Nationalbank möchte ihre Reserve in einen öffentlichen Fonds umwandeln. FOTO: KEYSTONE



THOMAS JORDAN: Der aktuelle Chef der Nationalbank sitzt auf einem Kapitalberg von fast einer Billion Franken. FOTO: GETTY

Nationalbank-Milliarden: Wie wär's mit einem Schweizer Staatsfonds?

Blackrock-Hildebrand rockt Herrliberg-Jordan

Nationalbankchef Thomas Jordan sitzt auf einem Berg von fast einer Billion Franken – und rührt sich nicht. Vorgänger Philipp Hildebrand hätte da eine Idee.

OLIVER FAHRNI

Philipp Hildebrand bekommt wahrscheinlich fast jeden Weltenker sofort ans Handy. Doch Chef der mächtigen OECD, dem Club der reichen Industrieländer, darf er nicht werden. Dafür hätte der smarteste Schweizer Banker die Unterstützung der europäischen Regierungen gebraucht. Doch die zeigten der Schweiz die kalte Schulter. Logisch, nachdem FDP-Aussenminister Ignazio Cassis die Aushandlung eines besseren Rahmenabkommens mit der EU in den Sand gesetzt hat.

Ab Juni leitet nun der frühere australische Wirtschaftsminister Mathias Cormann, ein prominenter Klimaleugner, die OECD. Hildebrand ist einmal mehr über die Schweiz gestolpert.

HILDEBRANDS TABUBRUCH

Dabei hatte er sich mächtig ins Zeug gelegt, ist durch die Welt geflogen, hat 150 Gespräche mit Ministern und Einflussreichen geführt. Im Bundeshaus unterstützte ihn ein sechsköpfiges Kampagnenteam. Ein bisschen Weltruhm wäre schön gewesen. Um Geld ging es nicht. Seine ersten Millionen hatte Hildebrand als Hedge-Funds-Manager schon gemacht, bevor er 2003 zur Nationalbank (SNB) stiess. Und als ihn 2012 der Blocher-Clan und dessen Hausblatt «Weltwoche» aus der SNB ekelten, um Thomas Jordan einzusetzen, holte Blackrock-Gründer Laurence «Larry» Fink Hildebrand nach New York. Blackrock ist der weltgrösste Kapitalfonds und wiegt fast 9000 Mil-

liarden US-Dollar (siehe Spalte rechts). Das macht Fink zu einem der mächtigsten Männer des globalen Kapitalismus – und Hildebrand ist seine rechte Hand. Da wäre ein bisschen Einfluss bei der OECD ganz rentabel gewesen, schliesslich kommt der italienische Premier Mario Draghi ja auch vom Bankennoloch Goldman Sachs und von der Europäischen Zentralbank (EZB).

Thomas Jordan tut, was die Banken und die Herrliberger von ihm wünschen. 2015 kippte er den von Hildebrand eingerichteten Euro-Mindestkurs. Damit vernichtete Jordan Zehntausende von (Industrie-)Arbeitsplätzen in der Schweiz. Er wolle die Bilanz der SNB nicht aufblähen, sagte Jordan damals. Dumm nur: in fünf Jahren hat er sie verdoppelt.

Nun bekunden zuvorderst die SVP-Bundesräte Guy Parmelin und Ueli Maurer ihre Enttäuschung über das Scheitern der OECD-Kandidatur. Selber schuld! Sie bezahlen für das Anti-EU- und Alleingang-Projekt des Blocher-Clans: die Verzweigung der Schweiz.

Maliziös richtete Hildebrand aus, die Schweiz habe in den letzten Jahren «massiv» an internationalem Einfluss verloren. Und schlug gleich auch noch die Lösung vor: Die riesigen Reserven der Nationalbank sollten in einen Staatsfonds geschüttet werden. Mit dem liesse sich bestens Finanzdiplomatie machen. Also Einfluss kaufen. Der asiatische Zwergstaat Singapur habe es vorgemacht, so Hildebrand. Und brach damit ein Tabu.

JORDANS HORROR

Linke und Gewerkschaften fordern zwar schon lange, dass die Nationalbank-Milliarden, die Volksvermögen sind, sinnvoll investiert werden sollten. Für die Finanzierung der AHV zum Beispiel oder jetzt, in der Coronakrise, für Investitionspakete. Schon vor mehr als 10 Jahren hatte die Unia einen ökologischen Produktionsfonds gefordert, garantiert durch die SNB. Doch die Rechten und SNB-Chef Jordan hatten bisher im-

mer kategorisch abgewinkt aus ideologischen Gründen. Dabei sitzt SNB-Chef Jordan auf einem Kapitalberg von 991 Milliarden Franken, also fast einer Billion. Und während die Rechten im Bundeshaus neue Sparorgien aufsetzen, um Sozialversicherungen und Service public zusammenzustrichen,

Hätte die Schweiz einen Staatsfonds, wäre öffentliche Investitionspolitik plötzlich Thema.

vermeldet die SNB 20,9 Milliarden Franken Jahresgewinn. Tief gerechnet! Wovon Jordan nur gerade 2 Milliarden dem Bund überlassen will (4 Milliarden den Kantonen). Und sogar dazu musste man ihn prügeln.

Finanzvertreter liefern sofort Sturm gegen Hildebrands Vorschlag. Ökonomisch blieben die Gegenargumente dürftig. Derzeit existieren weltweit, je nach Zählweise, zwischen 70 und 100 Staatsfonds. Allein China hat gleich mehrere eingerichtet. Sie dienen unterschiedlichen Zielen. Norwegen will mit seinem Fonds die Renten sichern, der Stadtstaat Singapur macht sich wichtig, Kuwait bereitet die Zeit nach dem Öl vor.

Ein Schweizer Staatsfonds könnte schnell notwendige Zukunftsprojekte anstossen. Etwa den ökologischen Umbau. Eine soziale Digitalisierung. Eine Ausbildungs- und Forschungsinitiative. Die Sicherung der Sozialwerke. Bessere Infrastrukturen...

Da wird sichtbar, warum Leute wie Jordan so erbittert gegen die Idee kämpfen. Der SNB-Chef hält sich gern bedeckt, nimmt oft die Farbe der Wände an. Das ist politische Strategie: Hätte die Schweiz einen solchen Fonds, würde man über den Ursprung der Gelder, ihren Einsatz und die Verteilung debattieren. Öffentliche Investitionspolitik wäre plötzlich ein Thema. Für die Neoliberalen, die Blochers, die Herren des Kapitals blanker Horror.

Finanzfonds-Kapitalismus Aladdin und der schwarze Fels

Nichts entgeht Blackrock: Der Fonds ist eine Höllenmaschine, die alle Bewegungen der Weltwirtschaft registriert und analysiert.

OLIVER FAHRNI

Das Hirn des globalen Kapitalismus pulsiert in einem verlorenen US-Flecken, der am Ortseingang mit dem Schild prahlt, die «Welthauptstadt des Apfels» zu sein: Wenatchee, 25000 Seelen, 1300 Kilometer nördlich von San Francisco gelegen. Apfelplantagen, so weit das Auge reicht, ein Staudamm, der billigen Strom liefert, und Aladdin, das Rechenzentrum des Finanzfonds Blackrock.

Rechenzentrum ist eine dürftige Bezeichnung für diese Höllenmaschine. Nichts entgeht ihr. Ihre Algorithmen analysieren pausenlos alle Bewegungen der Weltwirtschaft und jede Kleinigkeit: die mürrische Nebenbemerkung eines chinesischen Notenbankers. Unwetter über der Krim, Nöte bei einer Zürcher Pensionskasse oder das jüngste Impfgerücht auf Twitter.

«Wir machen reiche Leute noch reicher.»

INTERNER SLOGAN VON BLACKROCK

Daraus baut Aladdin Strategien für die Geldströme, Börsenbewegungen und Investitionen, die Blackrock oder andere Fonds lenken. Derzeit laufen 18000 Milliarden Dollar über die Maschine, Tendenz rasch steigend.

DIE GRÖSSTEN AKTIONÄRE. Maximaler Profit bei minimalem Risiko ist das Leitprinzip von Blackrock. Arbeit, Wohlstand, soziale Sicherheit, menschliche Entwicklung sind keine Kriterien. Neuerdings hat der Fonds zwar auch die Klimakatastrophe und drohende soziale Aufstände in die Algorithmen eingebaut. Was ihn nicht daran hindert, massiv in Öl und Rüstungskonzernen zu investieren oder mit ihren Plänen für den Umbau des französischen Rentensystems die protestierenden Massen auf die Strassen zu treiben.

Der Aufstieg von Blackrock zeigt die tiefen Veränderungen des Kapitalismus seit der Krise von 2008. Vorher war er ein kleiner Hai. Danach übernahm er das Kommando von den Banken und Hedge-Funds. Er kaufte gescheiterte Banken (etwa Barclays), und die



SCHWIMM-MEISTER: Blackrock-Vize Philipp Hildebrand (vorne) ist auch Mitbesitzer der Blausee AG, Hotel und Speisung BE. Spezialität: im Teich vor dem Haus gezüchtete Forellen. Jetzt wollten die Besitzer den Zins für das Quellwasser (750 Franken/Jahr) nicht mehr bezahlen und erklärten das öffentliche Quellwasser kurzum zum Privatbesitz. FOTO: STEFAN BOHRER

Blackrock-Manager machten sich daran, im Auftrag der US-Regierung das System zu stabilisieren. Risikovermeidung ist ihre Obsession. Und Vizepräsident Philipp Hildebrands Job. Kern der Blackrock-Kundschaft sind die reichsten 10 Prozent der Welt. Ein interner Slogan sagt: «Wir machen reiche Leute noch reicher.» Sie saugen Sparkapital und Gewinne ab und legen sie für Banken, Versicherungen, Konzerne und Pensionskassen in Hunderten von Unterfonds an. Sogar das Geld von Kleinsparern ziehen sie in Form von Indexfonds (ETF) an sich.

Mit dieser Strategie sind Blackrock & Co. zu den grössten Aktionären in 180 führenden Weltkonzernen geworden, etwa bei Apple, Microsoft oder Shell. Und bei fast allen grossen Schweizer Konzernen, die früher der UBS oder Blocher gehörten. (10f)

Massenstreiks in Deutschland – und dies während Corona

Der Schuhstreik der deutschen Metaller



MASSENSTREIKS TROTZ CORONA: Im Autocorso durch Berlin, mit Schuhen als Symbol für verlorene Stellen im Ruhrgebiet, mit regelmässigen Streiks à maximal 1000 Personen in Bayern oder mit Autokino in Nordrhein-Westfalen (von oben links nach unten rechts).

FOTOS: CHRISTIAN VON POLENZ, IG METALL, JONAS LISTL, THOMAS RANGE

So gehen Streiks in Coronazeiten: Um ihre Löhne und Stellen zu schützen, haben sich die deutschen Metallarbeitenden super Aktionen einfallen lassen.

JOHANNES SUPE

Dieses Mal sind es Industriearbeiter, die in Deutschland um einen besseren Lohn und den Erhalt ihrer Stellen ringen. Gemeinsam mit ihrer Gewerkschaft, der IG Metall, führen sie einen Kampf von beeindruckendem Ausmass: Vom 2. März bis zum 12. März nahmen mehr als 400 000 Beschäftigte an Warnstreiks teil. Weitere Hunderttausende werden ihre Arbeit in den kommenden Tagen niederlegen. Denn die Metallrinnen und Metalller möchten nicht nur vier Prozent mehr Lohn, sondern auch die Industriebranche zum Verzicht auf Stellenabbau zwingen. Die aber wollen die Lasten der Krise auf die rund 3,9 Millionen Beschäftigten der Metall- und Elektrobranche abwälzen. So soll etwa das Weihnachtsgeld – ein in Deutschland zur Festzeit üblicher Bonus für die Beschäftigten – zusammengezogen werden, wenn die Profite schwinden. Womit die Firmen nicht gerechnet haben: Das Coronavirus hat die Proteste nicht gestoppt, sondern vielfältiger gemacht. Nie zuvor gab es derart unterschiedliche Streikformen.

DER SCHUHSTREIK

Wie macht man die Auswirkung von Stellenabbau sichtbar? Noch dazu, wenn sich die Betroffenen nur schwer versammeln können? Die Frage stellte sich den Beschäftigten von Siemens Energy. Der Konzern kündigte an, rund 3000 Arbeitsplätze in Deutschland vernichten zu wollen. Hagen Reimer von der IG Metall sagt zu work, auf die Antwort sei man durch Zufall gestossen. Beim Blättern durch alte Aktionsfotos. Dort, wo Stellen verloren gehen, stellen die Kolle-

ginnen und Kollegen ihre Schuhe vors Werkstor: Tausende Turn- und Arbeitsschuhe, von rosa Gummistiefeln zu abgegrauten schwarzen Tretern. Teils werden noch Grabkerzen und weisse Lilien beigelegt – eine Friedhofslandschaft aus verlassenen Schuhwerk. So etwa vor dem Mühlheimer Standort, wo es zudem heisst: «Wir lassen uns nicht einfach vor die Tür stellen, sondern stehen zusammen!» Tausende haben sich mittlerweile an der Aktion beteiligt.

DER FRÜHSSCHLUSS

Auf Leute wie Tobias Salin kommt es derzeit an. In einem der grössten Werke in Mittelhessen, das an dieser Stelle namenlos bleiben muss, arbeitet der 30-jährige als Industriemechaniker. Und: Salin ist Vertrauensperson der IG Metall, übernimmt also auf der Arbeit wichtige Aufgaben für die Gewerkschaft. Zuletzt gehörte dazu, seinen Betrieb zeitweise lahmzulegen. Um das zu erreichen, haben sich die Hessen für den «Frühschluss» entschieden: Zwei Stunden vor dem regulären Arbeitsende in allen drei Arbeitsschichten ist Ende, die Belegschaft geht nach Hause. Salin sagt: «Das hat sehr gut geklappt. In der Produktion ging nichts mehr.» Im Vorfeld der Aktion seien die Betriebsaktivistinnen und -aktivisten von den Hauptamtlichen der Gewerkschaft geschult und unterstützt worden. Doch letztlich lag es eine halbe Stunde vor dem «Frühschluss» an den Vertrauensleuten, noch einmal durch ihre Abteilungen zu gehen, die Kolleginnen und Kollegen noch einmal über rechtliche Fragen aufzuklären und in den frühen Feierabend zu schicken. Der Einsatz habe sich gelohnt. Am Streiktag seien mehrere Beschäftigte der Gewerkschaft beigetreten, einige wollten gar selbst Vertrauensperson werden.

DER KLASSIKER

Beeindruckende Bilder kommen aus dem bayerischen Schweinfurt. Gut 1000 Metallrinnen und Metalller stehen hier immer wieder zur Grossdemonstration beisammen. IG-Metall-Mann Timo Günther erklärt: «Schweinfurt, das ist für uns der klassische Fall einer Warnstreik-Mobilisierung.» Die Kundgebungen halte man im Industriegebiet der Stadt ab, wo die Werke nah anein-

anderliegen. Die Auflage der Behörden: Es dürfen nicht mehr als 1000 Arbeiterinnen und Arbeiter teilnehmen. Entsprechend habe man viele Interessierte heimschicken müssen – oder auf einen der nächsten Streiktage vertröstet. Gewerkschafter Günther sagt: «Bei den Leuten gibt es ein grosses Bedürfnis, wieder auf die Strasse zu gehen. Einige brennen richtig drauf!» Eins sei aber klar gewesen: Ohne Maske geht nichts, schliesslich sei der Gesundheitsschutz oberstes Gebot.

DER AUTOCORSO

Es ist ein trister Donnerstag – grauer Himmel, kühler Wind – als sich die bunte Autokolonne am Tor des Daimler-Werks in Berlin Neukölln vorbeischiebt. An jedem Vehikel zu finden: eine rote Fahne der IG Metall, manchmal auch zwei, bisweilen mehr. 220 Kolleginnen und Kollegen haben sich mit ihren Fahrzeugen beteiligt, gibt die Gewerkschaft später Auskunft. Und kann stolz verkünden: Es ist der längste Autocorso, den die IG Metall je in Berlin organisiert hat. Und nur einen Tag später, am Freitag, dem 5. März, lassen die Beschäftigten ein weiteres Mal die Motoren röhren: Dieses Mal cruisen die Metallarbeiterinnen und -arbeiter zum Unternehmensverband.

DAS AUTOKINO-FORMAT

Wo sind da nur die Menschen? Bei den Warnstreiks in Nordrhein-Westfalen (NRW) fehlen auf den ersten Blick die Teilnehmenden. Dafür anwesend: eine schier unüberschaubare Zahl von Autos. Kein Wunder, schliesslich veranstaltet die Gewerkschaft die Proteste hier als Autokino. Auf einem grossen Truck mit Bühne und ausfahrbaren LED-Wänden stehen und sprechen Gewerkschafter und Kolleginnen, in den Autos können die Streikenden per Radio alles mithören. Aber fehlt da nicht der Kontakt zum Publikum, das Johlen, Pfeifen, Klatschen? Mike Schürg von der IG Metall NRW sagt: «Wir waren zuerst auch skeptisch. Aber die Kolleginnen und Kollegen geben laufend Rückmeldung, zum Beispiel per Hupe oder Lichttoure.» Manche sind gar so eifrig dabei, dass am Ende der Veranstaltung die Autobatterie leer ist. Aber kein Problem: Die Metallergewerkschaft weiss auch da zu helfen.

Scintilla AG: Im Oberwallis boomt die Industrie

Gut gesägt ist ganz gewonnen

1,3 Millionen Sägeblätter verlassen täglich die Scintilla in St. Niklaus VS. Die Weltmarktführerin ist jetzt nämlich auch noch Corona-Gewinnerin. Denn im Lockdown wird mehr geheimwert.

RALPH HUG

Nicht nur Homeoffice ist angesagt. Auch Home Made: Millionen von Do-it-yourself-Fans greifen während der Pandemie zu Hammer und Säge. Und bauen, zimmern und werken zu Hause auf Teufel komm raus. Dabei denken die wenigsten an ein Oberwalliser Bergdorf mit knapp 2300 Einwohnerinnen und Einwohnern. In St. Niklaus im Mattertal steht nämlich die Fabrik der Scintilla AG, eine Tochter der deutschen Bosch. Sie produziert Millionen von Sägeblättern aller Art. Ebenfalls auf Teufel komm raus. Denn die Nachfrage ist riesig und mit Corona gar noch gestiegen. Von ihren zweistelligen Wachstumsraten können andere Firmen nur träumen.

Erst im Sommer 2019 stellte das Unternehmen für 32 Millionen Franken einen Neubau im Dorf. Sieht aus, als wäre ein weisser Meteor vom Himmel gefallen: «Zaniglas», wie das Dorf auf Walliser-Tütsch heisst, kennt keine Deindustrialisierung. Zwischen arbeiten

«Im Oberwallis gibt es noch so etwas wie eine industrielle Kultur.»

PETER BODENMANN, HOTELIER UND EX-SP-PRÄSIDENT

780 Leute bei Scintilla. 100 neue kamen während der Pandemie als Temporäre hinzu. Nicht wenige heuerteten aus dem darbenenden Tourismus an – froh, überhaupt einen Job zu haben. Verkehrte Welt: Während andernorts Arbeitsplätze von der Industrie in den Dienstleistungssektor abwandern, ist es in St. Niklaus gerade umgekehrt.

INDUSTRIE-HOTSPOT WALLIS

Dabei sah es auch mal anders aus. 2015 lagerte Scintilla am Hauptsitz in Zuchwil 50 Hunderte Jobs nach Ungarn aus. Und 2017 entschied der deutsche Mutterkonzern Bosch, ein eigenes Sägeblätternwerk in den USA aufzubauen. Weil der Boom aber auf breiter Front anhielt, hatte dies keine Folgen für St. Niklaus. Im Gegenteil: Selbst

im Oberwallis war noch ein Ausbau der Kapazitäten nötig. So erweisen sich jetzt zwei Firmen in der Region als hochtourige Jobmotoren: die Scintilla und die Lonza. Beide schaffen derzeit zusammen Hunderte von neuen Arbeitsplätzen. Scintilla, weil sie mit den Bosch-Elektrowerkzeugen eine Spitzenposition im Weltmarkt hält. Die Lonza, weil sie rechtzeitig auf die zukunftsstrahlende Biotechnologie umgestellt hat. Bekanntlich produziert die Lonza in Visp den Corona-Impfstoff von Moderna. Im neuen Biopark namens Ibex sollen im Endausbau sechshundert Hochqualifizierte arbeiten. Bald schon werden drei Produktionslinien operationell sein. Schatten ziehen nur auf, weil die Zukunft der Lonza-Chemiesparte wegen des Verkaufs an Finanzheuschrecken ungewiss erscheint (siehe Artikel unten und Box). Sonst aber gilt: Das Oberwallis mutiert rasant zu einem industriellen Hotspot der Schweiz. Diese Entwicklung lässt sich auch anhand der Geographie des Hauptorts Visp ablesen (siehe Karten).

Die Scintilla hat bei den Stichsäge- und Säbel-sägeblättern einen Weltmarktanteil von über 50 Prozent. Das sagt Werksleiter Michel Imseig. Ein weiteres und wichtiges Alleinstellungsmerkmal: Das Unternehmen baut von den Maschinen bis zur Produktion alles selber. Das nennt man Wertschöpfung dank vertikaler Integration. Scintilla stellt also praktisch konkurrenzlos erfolgreich da. Mit der Innovation von Starlock-Werkzeugen baute Bosch seine Führungsposition noch aus. Dieses Polster hielt auch während der Pandemie. Als nämlich die Baumärkte zu waren, ging der Absatz von Sägeblättern sofort zurück. Aber nur, um nach der Öffnung gleich wieder anzusteigen. Sozusagen ein «Hornbach-Effekt». Scintilla konnte Kurzarbeit vermeiden. Stattdessen genütigen im Mai 2020 drei Schliessstage, um die Absatzflaute aufzufangen. Ge-

werkschaftlich gesehen ist Scintilla wegen der vielen Teilzeit- und Temporärangestellten eher ein Entwicklungsgebiet. Das sagt der pensionierte Unia-Sekretär German Eyer. Immerhin untersteht der Betrieb dem MEM-Gesamtarbeitsvertrag.

GRANDHOTEL WIRD FABRIK

Die Scintilla strahlt die verbreitete Meinung Lügen, in der Schweiz sei eine industrielle Produktion wegen der hohen Lohnkosten schwierig bis unmöglich. Der Betrieb gibt zwar keine Geschäftszahlen bekannt. Aber jetzt verlassen pro Tag 1,3 Millionen Sägeblätter das Werk. Wenn ein einfaches Stichsägeblatt bei Hornbach gut 2 Franken kostet, kommt man auf einen mutmasslichen Lohnkostenanteil von unter 10 Prozent. Will heissen: die Scintilla ist ein hochproduktiver Betrieb, die Lohnkosten

scheinen eine untergeordnete Rolle zu spielen. Viel mehr zählen Know-how und Technologie. Und natürlich die Mitarbeitenden:

Nicht wenige sind stolz darauf, bei der Scintilla zu arbeiten. Sie legen schon mal eine freiwillige Samstagsschicht hin, wenn es eilt. Politbeobachter, work-Autor und Walliser Hotelier Peter Bodenmann, selber ein Einheimischer, sagt: «Im Oberwallis gibt es noch so etwas wie eine industrielle Kultur.»

Ins entlegene Mattertal kam die gut hundert-jährige Scintilla übrigens durch einen schlauen Deal. Im Bergdorf stand ein ehemaliges Grandhotel aus den Anfängen des Alpentourismus leer. Die Scintilla suchte nach dem Weltkrieg einen kostengünstigen Standort, wurde auf St. Niklaus aufmerksam und zog dann ins Grandhotel ein. So begann eine Produktion, die aber damals noch nichts mit Sägeblättern zu tun hatte. Sondern mit Magnetzündern, Relais für Auto-Blinker und Staubsaugern. Und bald zündete dann der Funke.

Lonza-Alarm: Sind Heuschrecken im Anflug?

Im Februar hat Lonza-Chef Albert Baehny die Chemiesparte mit rund 1800 Jobs in Basel und Visp verkauft. Wert: 4,2 Milliarden Franken. Zum Handkuss kommen die beiden US-britischen Finanzinvestoren Bain Capital und Cinven.

Nun erhalten die neuen Chefs bald Post von den Gewerkschaften. Die Unia und die Syna haben eine Petition lanciert. Die Gewerkschaften verlangen Arbeitsplatzgarantien: «Wir fordern für die Standorte und die Arbeitsplätze in Visp und Basel für mindestens die nächsten zehn Jahre eine Garantie», heisst es in der Petition. Auch soll der GAV in Kraft und

die Pensionskasse unangetastet bleiben. Darüber hinaus verlangen die Betroffenen volle Transparenz. Doch genau da hapert es. Klar ist nur, dass die Lonza derzeit komplett umgebaut wird: weg von den Chemiespezialitäten hin zur Biotechnologie. Denn die verspricht mehr Gewinn, wurde berichtet hier: (rebrand.ly/lonza-wunder). Nach Angaben von Unia-Sekretär Martin Dreimel läuft die Unterschriftensammlung sehr gut: «Wir haben viele positive Rückmeldungen.»

Wo Finanzheuschrecken am Werk sind, sind die Jobs nicht mehr sicher. Schon gar nicht bei Bain Capital. Diese US-Gesellschaft hat den Ruf, solch ein Heuschrecken-Fonds zu sein: Fressen, plündern, wegwerfen, lautete lange Zeit die Strategie dieser sogenannten Private-Equity-Gesellschaften. Diese sind eine Erfindung der Wall Street und erlebten in den letzten zehn Jahren einen wahren Boom. Durch

Übernahmen und Beteiligungen dominieren sie immer mehr die Wirtschaft und sind so ein Zeichen für den Wandel vom Industrie- zum Finanzkapitalismus. Der Republikaner und Trump-Widriger Mitt Romney aus Utah war früher Chef von Bain Capital und wurde mit der Firma schwer reich. Im Wahlkampf gegen Barack Obama im Jahr 2012 musste sich Romney vorhalten lassen, er habe durch die Machenschaften seiner Finanzfirma Tausende von Jobs auf dem Gewissen.

UND DIE LONZA-SCHULDEN? Doch inzwischen haben die Fondsmanager dazugelernt. Nicht mehr der kurzfristige Gewinn steht im Vordergrund, sondern der mittelfristige. Weil dieser noch grösser ist, wenn man es clever macht. Auch die Bain-Chefs rechnen bei Firmenkäufen mit einer Haltedauer von fünf bis sieben Jahren. Nichts geändert hat sich jedoch am Ziel: Profit machen. Was passiert jetzt nach dem Lonza-Deal? Bain und Cinven wollen das Ge-

schäft mit der Spezialchemie «entwickeln», sagen sie. Mehr ist nicht bekannt. Tatsächlich laufen die Geschäfte mit den Zutaten zu Holzpflege- und Desinfektionsmitteln gut.

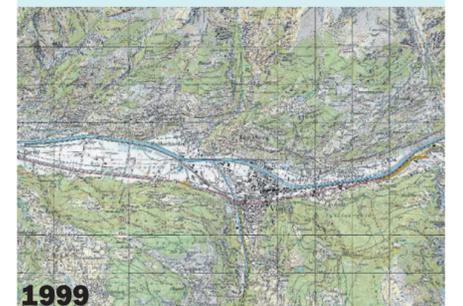
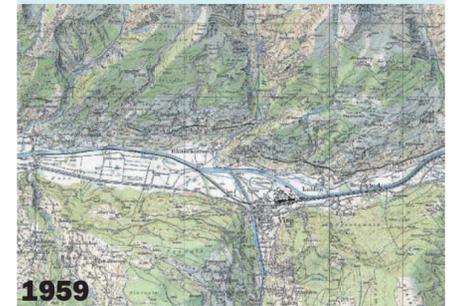
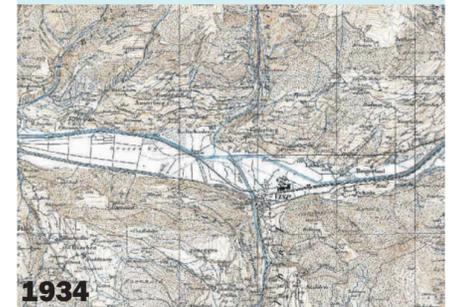
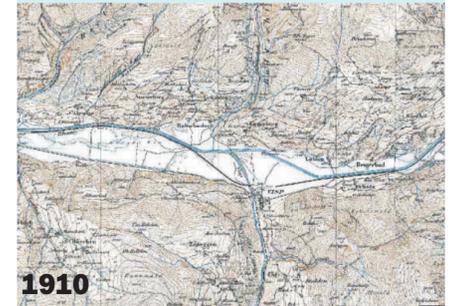
Entscheidend werden aber die Schulden sein, orakelt die Finanzbranche. Denn auf Lonza lasten noch die Kredite aus der teuren Übernahme der Firma Capsugel für 5,5 Milliarden Franken. Hat Lonza-Chef Baehny einen

Die Unia verlangt mit einer Petition Arbeitsplatzgarantien.

Grossteil davon den Käufern angehängt? Das wäre allerdings eine schöne Ironie der Geschichte. Denn das Geschäftsmodell von Private-Equity-Firmen bestand darin, Firmen auf Pump zu kaufen, ihnen die Kreditschulden aus dem Kauf anzuhängen und sie dann ausgenutzt abzustossen oder in Konkurs gehen zu lassen. RALPH HUG

Visp: So wuchs die industrielle Lonza-Innenstadt

Diese Kartenausschnitte belegen, wie unaufhaltsam sich die Lonza in den letzten 100 Jahren ausgebreitet hat.



DIE «ROTE ANNELIESE» WARNT HEUSCHRECKEN!

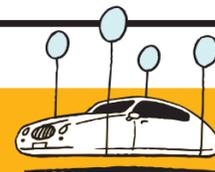


«Lonza in Gefahr»: So titelt die neue Ausgabe des Walliser Oppositionsblatts «Rote Anneliese», die soeben erschienen ist. Es befasst sich in einem Schwerpunkt mit dem Chemiegeschäft des Visper Konzerns, das jetzt in die Hände von Finanzinvestoren gerät. Das Dossier zielt denn auch eine grosse, gefräßige Heuschrecke. Ein lesenswertes Dossier. Die «Rote Anneliese» gibt's seit 1973, und sie lebt als kritische Stimme des Oberwallis immer noch. www.roteanneliese.ch



FOTO: ISTOCK

KARTEN: GEOADMIX



Magnetschwebbahn Maglev: In zehn Stunden von Berlin nach Peking? Vielleicht.

China demonstriert Spitzenleistungen beim Ausbautempo des Hochgeschwindigkeitsnetzes. Jetzt will es Europa mit der neuen Magnetschwebbahn Maglev mit 600 Kilometern pro Stunde um die Ohren sausen. Das ist möglich, weil China beim deutschen Transrapid abgekupfert hat.

Das Emsland im Nordwesten Deutschlands pulsiert nicht, sondern döst vor sich hin. Der von vielen zu Recht geschätzte Bauernsohn und Corona-Professor Christian Dorsten stammt aus dieser wenig dicht besiedelten Gegend. Er trinkt in Berlin das Bier aus der Flasche. Auch dann, wenn er seine alten Schulkameraden in der Pampa Emsland besucht. Aus hygienischen Gründen.

Wer einmal in dieser Gegend unterwegs ist, sollte sich unbedingt die 30 Kilometer lange Teststrecke des Transrapid anschauen. Er ist eine in Deutschland erfundene Magnetschwebbahn für den Hochgeschwindigkeitsverkehr. Die Deutschen haben diese Technik aber nicht weiterentwickelt. Europa setzte auf Züge, die nur bis zu 350 Kilometer schnell fahren. China bisher schwergewichtig auch, nur in einem ganz anderen



BLITZSCHNELL: Der Maglev soll Reisende mit 600 Kilometern pro Stunde bereits 2030 in nur 2,5 Stunden von Shanghai nach Shenzhen befördern. FOTO: AFP

Ausbautempo. So ist das chinesische Hochgeschwindigkeitsnetz heute bereits 38 000 Kilometer lang. In den nächsten 15 Jahren soll sich die Länge dieses Netzes noch einmal fast verdoppeln. Eine Spitzenleistung.

SCHANGHAI-SHENZEN. Zu Beginn ihrer Industrialisierung hat das damalige Armenhaus Schweiz Erfindungen aus anderen Ländern einfach kopiert. Ohne zu bezahlen. Deshalb war die Schweiz politisch

lange gegen den Patentschutz. China begann seinen Aufstieg zum wirtschaftlich bald stärksten Land der Welt genau gleich. Inzwischen beginnen sich die Chinesen auf vielen Feldern an die Spitze des technischen Fortschritts zu robben.

Wer heute von Shanghai mit dem Hochgeschwindigkeitszug nach Shenzhen rast, benötigt sieben Stunden. Jetzt hat China den Transrapid leichter und billiger gemacht. Ein Kilometer Strecke soll weniger als 50 Millionen Franken

kosten. 600 Kilometer schnelle Züge sollen bereits 2030 Shanghai und Shenzhen in nur 2,5 Stunden verbinden.

Und das soll nicht das Ende der Fahnenstange sein: Die Magnetschwebbahn Maglev soll mittelfristig noch schneller werden. Nämlich 800 Kilometer schnell. Und dies auch ohne Vakuumröhre.

KONKURRENZ FÜR FLUGZEUGE. Die Luftlinie von Berlin nach Peking beträgt nur 7356 Kilometer. Die Fahrstrecke mit dem Auto oder der Eisenbahn liegt bei gut 9000 Kilometern. Ein Maglev der übernächsten Generation könnte die Strecke Hauptbahnhof Berlin zu Hauptbahnhof Peking in 10 Stunden bewältigen. Diese Perspektive wird den Herstellern von Flugzeugen und den Betreiberinnen von Flughäfen den kalten Schauer auf die Stirn treiben.

Deshalb setzen sie jetzt auf kleinere Flugzeuge, die nicht mehr einen Hub anfliegen, sondern auf langen Strecken mehr direkte Punkt-zu-Punkt-Verbindungen möglich machen. Und im nächsten Schritt auf den Wasserstoff als das Kerosin von morgen.

Wer gewinnt? Der Umweltfreundlichere, der schneller und billiger ist. Logo!

LINKS ZUM THEMA:

● rebrand.ly/emsland

In der Schweiz sind Verkehrsvereine vielerorts zu City Aktiengesellschaften mutiert. Nicht so im nordwestdeutschen Emsland. Hier ist das Verkehrsbüro noch ein Fremdenverkehrsamt. Der Rückstand auf den Zeitgeist spiegelt sich in der Sprache.

● rebrand.ly/konkurrenz

Ab und zu findet man auch in der NZZ durchaus spannende Artikel.

● rebrand.ly/kult-rede

Der ehemalige bayrische Ministerpräsident Edmund Stoiber war ein Stotterer vor dem Herrn. Er wollte den Hauptbahnhof München und den Münchner Flughafen mit einem Transrapid verbinden. Seine Rede zu diesem Thema ist Kult. Die Strecke wurde nie gebaut. Technik zu teuer. Falsche Strecke. Schlechter Redner. Flasche leer.

● rebrand.ly/aerotelegraph

Der Flugzeughersteller Airbus bringt mit dem A321 XLR einen neuen Flieger auf den Markt, der kostengünstig mit weniger Sitzplätzen etwa Stuttgart mit Peking verbinden kann. Neue Maschinen schwächen die bisherigen Hubkonzepte und dürften zu weniger Flügen in Zürich führen. Boeing hat noch kein vergleichbares Flugzeug im Angebot. Die Amerikaner kritisieren Airbus, weil sich der notwendige zusätzliche 13 000-Liter-Kerosintank direkt unter den Passagieren befindet. Bleiben wir dran.

● rebrand.ly/super-bullet

Wow. So sieht der erste «Super Bullet Maglev Train» aus.

Sie finden alle Links direkt zum An klicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: www.workzeitung.ch

INSERAT



In der Schweiz fehlt es nicht an Geld. Sondern an Gerechtigkeit.

work sagt, was ist. Am Puls der Zeit.

work – die Zeitung zur Arbeit für die Arbeitenden.

+++ 1 Jahr work für 36 Franken +++ www.workzeitung.ch +++

Neues Buch rückt Sexarbeiterinnen und -arbeiter in ein anderes Licht «Ich bin gerne Sexarbeiterin»

Warum arbeiten Frauen als Sexarbeiterinnen? Darüber wird heftig diskutiert. Meistens ohne die Sexarbeiterinnen selbst danach zu fragen. Ein neues Buch lässt sie jetzt zu Wort kommen.

PATRICIA D'INCAU

Nicht über Sexarbeiterinnen reden, sondern mit ihnen. Sexarbeit nicht romantisieren, aber auch nicht dramatisieren: Das ist der Anspruch, den das Buch «Ich bin Sexarbeiterin» stellt. An Politik, Medien und Gesellschaft.

Denn diese kennen für Sexarbeiterinnen gemeinhin nur zwei Rollen: entweder Geächtete oder Opfer. Also, wie es zu Beginn des Buchs heisst: Als Frauen, «deren Dienste in Anspruch genommen werden, die Steuern und Abgaben zahlen, denen aber durch Verachtung oder Mitleid selten auf Augenhöhe begegnet wird».

Dabei gibt es verschiedene Gründe, warum eine Frau Sexarbeiterin wird. Adrienn wurde es, weil sie zu Hause in Ungarn mit vierzig auch nach

Die prekären Arbeitsbedingungen haben mehr mit Ungleichheit als mit der Sexbranche zu tun.

monatelanger Suche keine Stelle mehr fand. Die 25jährige Victoria, weil sie von ihrer Arbeit in einem Warenhaus in England nicht leben konnte. Sie sagt: «Es war ein bewusster Entscheid, in die Sexarbeit einzusteigen.» Die US-Amerikanerin Lady Kate, weil sie der Liebe wegen um jeden Preis in der Schweiz bleiben wollte. Und Charizma und Emma arbeiten Teilzeit als Sexarbeiterinnen. Charizma spricht für beide, wenn sie sagt: «Sex habe ich schon immer geliebt, und dafür noch bezahlt zu werden war wie ein Bonus für mich.»

ÖKONOMISCHER ZWANG

Sexarbeit aus Liebe zu Sex – das dürfte die Ausnahme sein. Doch das Buch zeigt: Auch das gibt es. Wobei gleichzeitig klar wird, dass die meisten Frauen Sexarbeit aus einem ökonomischen Zwang heraus machen. Trotzdem sehen sich die zehn Porträtierten in der Mehrheit nicht einfach als Opfer der



FOTO: YOSHIKO KUSANO

VICTORIA: «Es war ein bewusster Entscheid, in die Sexarbeit einzusteigen.»

Umstände. Sondern stellen klar: Den Entscheid, im Sexgewerbe zu arbeiten, haben sie selbst gefällt – und zwar sehr bewusst.

Damit setzen die Frauen einen Kontrapunkt in einer emotional aufgeladenen Diskussion, die immer wieder aufbricht: Nämlich, dass Sexarbeit nicht auf Freiwilligkeit basieren könne. Dass sie frauenverachtend sei und deshalb verboten gehöre.

Diese Position vertritt etwa die Frauenzentrale Zürich. Sie verlangt ein Prostitutionsverbot nach schwedischem Vorbild. Aktuell sind in der Schweiz sowohl der Verkauf als auch der Kauf von Sex erlaubt. Auch nach dem schwedischen Modell dürfen Sex-

arbeiterinnen weiter legal ihren Service anbieten. Die Freier hingegen machen sich strafbar. Die Denkweise dahinter: Gibt es keine Nachfrage mehr, dann wird die Prostitution verschwinden. Und keine Frau «muss» mehr als Sexarbeiterin tätig sein.

Einen ganz anderen Ansatz vertreten verschiedene andere Frauenorganisationen. Darunter jene, die täglich mit Sexarbeiterinnen in Kontakt sind. Wie die Anlaufstellen Xenia in Bern, die FiZ in Zürich oder Lysistrada in Solothurn. Der Tenor: Ein Sexkaufverbot wird weder die Prostitution beseitigen, noch verbessert es die Situation der Sexarbeiterinnen. Im Gegenteil: «So wird das Gewerbe in die Illegalität abgedrängt.»

Und spielt sich alles im Verborgenen ab, könnten sich Sexarbeiterinnen schlechter gegen Ausbeutung und Gewalt wehren. Auch der Kampf gegen Menschenhandel würde erschwert.

Diese Position hielten die Organisationen schon im gemeinsamen Appell «Sexarbeit ist Arbeit» fest. Und jetzt eben im Buch «Ich bin Sexarbeiterin», das sie gemeinsam herausgegeben haben. Damit ist das Buch nicht nur ein Portraitband, sondern auch ein politisches Manifest.

DISKRIMINIERENDE GESETZE

Die Autorinnen plädieren dafür, das Sexgewerbe nicht als einen in sich abgeschlossenen Kosmos zu betrachten. Sondern als Teil eines politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Geflechts. Denn die prekären Bedingungen im Sexgewerbe haben mehr mit fehlenden Chancen, diskriminierenden Gesetzen und globaler Ungleichheit zu tun als mit der Branche. Zum Beispiel können Sexarbeiterinnen auch in der Schweiz, wo Sexarbeit erlaubt ist, nicht immer zur Polizei, wenn sie Gewalt oder Ausbeutung erfahren. Weil bis zu 90 Prozent Migrantinnen sind. Und da ist es oft das Ausländergesetz und die Frage um den legalen Aufenthaltsstatus, die die Frauen erpressbar machen. Und nicht die Sexarbeit an sich.

Bisher konnten Sexarbeiterinnen hierzulande nicht einmal ihren Lohn einklagen, obwohl ihre Arbeit legal ist. Weil Prostitution als sittenwidrig galt. Und ein Vertrag zwischen einer Sexarbeiterin und einem Freier deshalb rechtlich nicht verbindlich war.

Doch das Bundesgericht hat dort jüngst einen wichtigen Schritt getan: Es verurteilte einen Freier, der eine Sexarbeiterin nicht bezahlt hatte. Das Argument der Sittenwidrigkeit liess das Gericht nicht mehr gelten. Damit können Sexarbeitende künftig endlich ihren Lohn einklagen. Ein grosser Erfolg. Und: eine jener Verbesserungen, die es braucht.

Appell Sexarbeit-ist-Arbeit.ch: **Ich bin Sexarbeiterin.** Portraits und Texte. Mit Fotografien von Yoshiko Kusano. Limmatverlag, Zürich 2020, 160 Seiten, CHF 32.–.

Virtuelle Lesungen mit Diskussion: Die Buchautorinnen und Sexarbeiterinnen diskutieren zusammen mit Expertinnen. Moderation: Helene Aeckerli. Am 25. März, 21. April und 25. Mai, jeweils um 20 Uhr. Live im «Virtuellen Kosmos»: www.virtuellerkosmos.ch.

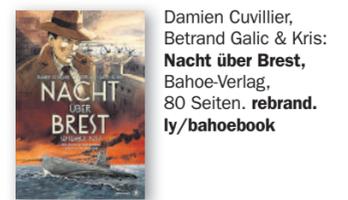
Ausstellung Zukunfts- werkzeuge

Eine neue Ausstellung im Museum Schaffern in Winterthur lädt dazu ein, die Zeit nach Corona neu zu denken: Wir können vom Anknüpfen an die vertraute Vorkrisenzeit träumen, von der alten «Normalität». Oder wir wählen den Blick nach vorne und fragen uns: Was wäre eine bessere Arbeitswelt – und welche Werkzeuge braucht es, um Zukunft zu schaffen? Die interaktive Ausstellung lädt dazu ein, in der Werkstatt Werkzeuge für eine bessere Arbeitswelt zu gestalten und mitzunehmen. Die Ausstellung blickt aber auch zurück auf Trouvaillen aus der Coronazeit. Und wirft Schlaglichter auf vergangene Wendezeiten wie Weltkriege und industrielle Revolutionen und präsentiert lokale Beispiele von Innovationen.

Ausstellung: **System Reset.** Museum Schaffern in Winterthur. Eintritt: CHF 12.–, bis 17. Oktober 2021

Geschichts-Comic Spanischer Bürgerkrieg

Es ist September im Jahr 1937. In Spanien tobt der Bürgerkrieg der Spanischen Republik gegen die Faschisten unter General Franco. Mit ihrer U-Boot-Flotte torpedieren die Republikaner Waffenlieferungen aus Deutschland und Italien an die Franco-Faschisten. Gänzlich unerwartet taucht am 29. August 1937 das U-Boot C-2 aus den stürmischen Gewässern des Atlantiks im Militärhafen Brest in der französischen Bretagne auf. Dringende Reparaturen sind nötig, doch die Situation ist völlig unklar. Franco entsendet ein Militärkommando, um die Kontrolle über das Boot zu erlangen. Unterstützung erhält er von Faschisten vor Ort. Zugleich schaltet sich die radikale Linke ein. Sie ist entschlossen, das spanische U-Bootsamt seiner Besatzung unter der Losung «No pasarán» zu verteidigen. Diese spannende und nahezu unbekannt Episode des Spanischen Bürgerkrieges wurde nach dem Buch «Nuit franquiste sur Brest» des bretonischen Historikers Patrick Gourlay umgesetzt und von Damien Cuvillier illustriert.



Damien Cuvillier, Bertrand Galic & Kris: **Nacht über Brest**, Bahoe-Verlag, 80 Seiten. **rebrand.** ly/bahoebook

work|x| der wirtschaft

David Gallusser



CORONA-PANDEMIE VERSCHÄRFT WELTWEIT DIE UNGLEICHHEIT

Neben Revolutionen, Kriegen und dem Scheitern von Staaten sind Seuchen für den österreichischen Historiker Walter Scheidel die vierte zerstörerische Kraft, die im Laufe der Geschichte Ungleichheit verringern konnte. Der Pest im Mittelalter fiel bis zu ein Drittel der Bevölkerung Westeuropas zum Opfer. In der Folge fehlten Arbeitskräfte an allen Ecken und Enden. Die Überlebenden konnten dadurch höhere Löhne durchzusetzen. Die Ungleichheit sank.

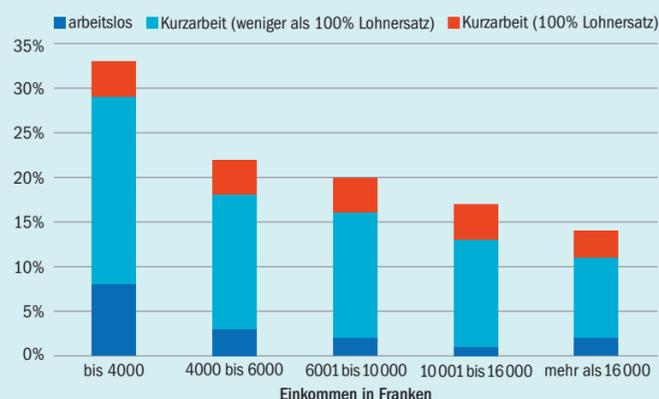
HÖHERES RISIKO. Corona verursacht zwar auch Leid, gehört aber nicht zu Scheidels tödlichen Gleichmachern. Im Gegenteil: Seit einem Jahr vergrössert die Pandemie die Gräben zwischen unten und oben. Eine neue Studie der Konjunkturforschungsstelle der ETH zeigt das eindrücklich für die Schweiz. Beschäftigte mit den tiefsten Einkommen sind am stärksten von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit betroffen, weil sie häufiger in Branchen wie dem Gastgewerbe oder dem Detailhandel arbeiten, wo derzeit nur eingeschränkt oder

gar nicht gewirtschaftet wird. Der Erwerbsausfall zwingt Haushalte mit tiefem Einkommen, den Gürtel enger zu schnallen. Reiche Haushalte können hingegen mehr Geld zur Seite legen, weil es derzeit weniger Möglichkeiten zum Konsumieren gibt.

HUNGER UND MANGELERNÄHRUNG. Die Corona-Ungleichheit hört aber nicht beim Erwerbsausfall auf. Beschäftigte mit tiefem Einkommen sind auch stärker dem Virus ausgesetzt, da sie eher Kundenkontakt haben und weniger im Homeoffice arbeiten. Auch weltweit dürfte Corona die Ungleichheit verschärfen. Die Pandemie wütet zwar bisher am stärksten in Europa und Nordamerika. Aller Voraussicht nach werden Länder im Süden noch länger mit der Krankheit zu kämpfen haben, weil ihnen Ressourcen für wirtschaftliche Hilfen und Zugang zu den Impfstoffen fehlen. Die Gräben, die Corona aufreisst, werden sich nicht allzu bald schliessen. Für Arbeitslose in den hart getroffenen Branchen wird es

Mehr Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit bei tiefen Einkommen

Anteil aller Personen nach monatlichem Haushaltseinkommen, die vor der Pandemie erwerbstätig und zwischen Mai 2020 und Januar 2021 arbeitslos oder in Kurzarbeit waren.



QUELLE: MARTÍNEZ ET AL. (2021), S. 14.

längerfristig schwierig, wieder im Erwerbsleben Fuss zu fassen. Die Schulschliessungen könnten viele Kinder aus Haushalten mit tiefen Einkommen ein Leben lang zurückbinden. Und bei den Ärmsten der Welt führen die

Einkommensausfälle zu Hunger und Mangelernährung, was wiederum ihren Kindern die Zukunft verbaut.

David Gallusser ist Ökonom beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB)

Netflix-Serie Moderner Gentleman

Assane Diop ist ein Meisterdieb. Inspiriert durch die bekannte französische Romanfigur Arsène Lupin, führt Diop die Pariser Polizei ständig an der Nase herum. Was die Netflix-Serie vor allem auszeichnet, ist der subtile und manchmal humorvolle Umgang mit Alltagsrassismus und der Marginalisierung von Aussenseitern. Dass Assane als Schwarzem immer wieder schlicht keine Beachtung geschenkt wird, macht er sich für seine Diebstähle zunutze. Zum Beispiel, um sich als Putzmann ins berühmte Louvre-Museum zu schmuggeln und dort wertvolle Juwelen zu stehlen. Aus einem Schattendasein, in das die Gesellschaft ihn zwingt, gelingt es Assane, die korrupten Machthaber zu entlarven.
Lupin. Zurzeit zu sehen auf Netflix.



Das offene Ohr
Regula Dick
von der Unia-Rechtsabteilung
beantwortet Fragen
aus der Arbeitswelt.

Kranke Mutter: Darf ich für die Pflege freinehmen?

Meine Mutter ist erkrankt. Sie lebt noch immer allein in ihrer Wohnung. Ich möchte sie gerne pflegen und deshalb freinehmen. Darf ich das?

REGULA DICK: Ja. Seit dem 1. Januar 2021 besteht für die Betreuung von kranken oder verunfallten Familienmitgliedern Anspruch auf eine kurzzeitige Arbeitsabwesenheit. Erlaubt sind maximal 3 Tage pro Ereignis, und Sie müssen ein ärztliches Zeugnis vorweisen. Dies gilt für Verwandte



CARE-ARBEIT: Sie dürfen drei Tage freinehmen, um Ihre kranke Mutter zu Hause zu pflegen. FOTO: GETTY

in auf- und absteigender Linie, also auch für Ihre Eltern und Ihre Kinder. Ebenso für Schwiegereltern, Geschwister und Lebenspartner, allerdings nur, wenn diese mindestens fünf Jahre in einem gemeinsamen Haushalt gelebt haben. Die Firma schuldet Ihnen während der dreitägigen Arbeitsabwesenheit den Lohn. Maximal würden pro Jahr 10 Tage bezogen werden, ausser wenn es sich um Kinder handelt. Hier gilt die zeitliche Beschränkung nicht. Der Anspruch auf diese kurzzeitige Arbeitsabwesenheit ergibt sich aus Art. 329h Obligationenrecht und Art. 36 Abs. 3 und 4 des Arbeitsgesetzes. Bei Kindern kann nach Ablauf der drei Tage unter Umständen weiterhin ein Anspruch auf Lohnfortzahlung gestützt auf Art. 324a OR bestehen, denn bei deren Betreuung liegt eine gesetzliche Pflicht vor.

IV-Rente: Muss ich AHV-Beiträge bezahlen?

Ich bin seit langem wegen einer schweren Krankheit arbeitsunfähig und habe mich daher bei der Invalidenversicherung (IV) angemeldet. Nun hat mir die IV mitgeteilt, dass ich rückwirkend ab dem 1. Januar 2020 eine IV-Rente erhalte. Muss ich für die IV-Leistungen auch AHV-Beiträge bezahlen?

REGULA DICK: Ja. Wer IV-Leistungen bezieht, muss weiterhin Beiträge an AHV, IV und EO leisten. Sie schulden Beiträge als Nichterwerbstätiger und müssen sich zwecks Erfassung bei der kantonalen Ausgleichskasse oder ihrer Gemeindezweigstelle am Wohnort melden. Die Beitragspflicht endet erst, wenn das ordentliche Rentenalter erreicht ist und Sie nicht mehr arbeiten. Für Männer liegt das ordentliche Rentenalter bei 65 Jahren und für Frauen bei 64 Jahren. Als Nichterwerbstätiger müssen Sie nur dann keine eigenen Beiträge bezahlen, wenn Sie verheiratet sind und Ihre Ehegattin erwerbstätig ist und Beiträge in der Höhe von mindestens 1006 Franken bezahlt.

Das neue Regime bei den Ergänzungsleistungen

Kein Pardon für grössere Sparsäuli

Falls Ihre Altersrente nirgends hinreicht, haben Sie Anrecht auf Ergänzungsleistungen (EL). Nun ist das Gesetz geändert worden. Wer zur Miete wohnt, profitiert. Wer viel Erspartes hat, verliert.

MARTIN JAKOB

Man kennt sie ja, die Theorie: Säule 1, die AHV, soll zusammen mit Säule 2, der Pensionskasse, im Rentenalter ein existenzsicherndes Auskommen sicherstellen. Die Rechnung geht allerdings für immer weniger Pensionierte auf. Denn die Neurenten aus der zweiten Säule fallen Jahr für Jahr tiefer aus, weil der Umwandlungssatz der Pensionskassen nur eine Richtung kennt: nach unten. Unia und Gewerkschaftsbund geben deshalb Gegensteuer: mit der Volksinitiative für eine 13. AHV-Rente (siehe Seite 2) sowie mit dem BVG-Reformvorschlag, der die Renten der zweiten Säule trotz sinkendem Umwandlungssatz sichern würde (Sozialpartnerkompromiss, work berichtete).

Zusätzlich braucht es weiterhin die Ergänzungsleistungen: Bei tiefen Renten stocken sie das Einkommen auf. Sie gehen auf einen Vorstoss des sozialdemokratischen Nationalrats und ehemaligen Bundesrats Max Weber zurück und wurden 1965 vom Parlament beschlossen. Zum Bezug von Ergänzungsleistungen sind neben AHV-auch IV-Bezügerinnen und -Bezüger berechtigt (siehe «IV-Rente und EL», Spalte rechts). Gegenwärtig liegen die Gesamtausgaben bei 5,2 Milliarden Franken, also ziemlich

genau gleich hoch wie die Militärausgaben des Bundes.

HÖHERE MIETZINSMAXIMA

Weil die Prognosen von einer Erhöhung auf gegen 7 Milliarden Franken bis 2030 ausgehen, haben Bundesrat und Parlament an der Sparschraube gedreht. Um rund 400 Millionen Franken soll die auf Anfang 2021 in Kraft getretene Reform die Ausgaben senken. Und dies, obwohl die Beiträge an die

Für teure Wohnregionen gibt's seit Anfang Jahr höhere Mietzuschüsse.

Wohnungsmiete kräftig angehoben wurden. Bisher betragen diese maximal 1100 Franken für Einzelpersonen- und 1250 Franken für Mehrpersonenhaushalte. Neu liegen die Höchstbeträge bei 1210 bis 1370 Franken (je nach Region) für Einzelpersonenhaushalte, 1460 bis 1620 Franken für Zweipersonen- und 1740 bis 1960 Franken für Vierpersonenhaushalte. Diese Anpassung war überfällig: Zuvor hatten die Mietzuschüsse nur bei etwa zwei Dritteln der EL-Beziehenden die effektiven Wohnkosten gedeckt. Wie Ergänzungsleistungen berechnet werden, zeigt das Beispiel «Aufgebessert» (siehe Box).

WORKTIPP

FRÜHPENSION MIT EL

Werden Sie im Pensionsalter (Männer 65, Frauen 64) Anspruch auf EL haben? Dann könnte die vorzeitige Pensionierung für Sie attraktiv sein. Denn in diesem Fall erhalten Sie zwar gekürzte Renten, aber die EL ergänzen Ihr Einkommen so, dass Sie unterm Strich nach der Pensionierung die gleiche Summe zur Verfügung haben. Ob Sie im Alter Anrecht auf Ergänzungsleistungen haben werden, können Sie mit dem EL-Rechner der AHV/IV prüfen (rebrand.ly/elrechner). Einen Antrag auf EL reichen Sie bei der AHV-Zweigstelle Ihrer Gemeinde ein.

RAN ANS GESPART!

Mehrausgaben für Mietbeiträge und trotzdem tiefere Gesamtkosten: Wie geht das? Indem Personen mit tiefen Renten, aber etwas Vermögen weniger schnell als bisher ein Recht auf EL erwerben. Bisher galt: Wer eine Altersrente bezog und mehr Erspartes hatte als einen Freibetrag von 60 000 Franken (Alleinstehende 37 500 Franken), musste sich um darüberliegenden Vermögen jährlich einen Zehntel als Einkommen anrechnen lassen. Neu entsteht ein Anrecht auf Ergänzungsleistung erst dann, wenn das Ersparte bis auf einen Rest von 100 000 Franken (Ehepaare 200 000 Franken) aufgebraucht ist. Ab die-



SCHLACHTTAG: EL gibt's erst, wenn die Sparguthaben bis auf eine Resthöhe verbraucht sind. FOTO: GETTY

AUFGEBESSERT

Monatsbudget für ein Rentnerheppaar in der Stadt Zürich, Vermögen max. 50 000 Franken

EINKOMMEN	
Ehepaarrente AHV	2700.–
Pensionskasse Mann	700.–
Pensionskasse Frau	300.–
TOTAL	3700.–
AUSGABEN	
Allgemeiner Lebensbedarf*	2450.–
Wohnungsmiete**	1620.–
Krankenkasse (KK)***	1040.–
TOTAL	5110.–
Differenz = Ergänzungsleistung	1410.–
zuzüglich anfallender Krankheitskosten nach KVG (Franchise, Selbstbehalte)	

* Gesetzlich festgelegter Betrag, 29 415 Franken pro Jahr. ** Ist der Mietzins höher und findet das Paar keine günstigere Wohnung, muss es die Mehrkosten aus dem Teilbudget Lebenshaltung selber tragen. Ist er tiefer, wird nur der effektive Betrag angerechnet. *** Grundversicherung inklusive Unfall und mit der tiefsten Franchise (300 Franken). Der Betrag wird direkt an die KK vergütet, die ausbezahlte EL sinkt entsprechend.

ser Schwelle (abzüglich des Freibetrags von neu 30 000 Franken für Alleinstehende und 50 000 Franken für Ehepaare) wird vom Restvermögen jeweils ein Zehntel als Einkommen angerechnet – womit die Ergänzungsleistung entsprechend tiefer ausfällt.

WELTREISE, ABER RECHTZITIG

Haben Sie sich also trotz knappem Lohn über die Jahrzehnte ein kleines Vermögen vom Mund abge-

spart, werden Sie im Alter nur frei darüber verfügen können, wenn Sie ohne EL über die Runden kommen. Sobald Sie EL beanspruchen wollen, legt die Behörde ihre Hand auf den Sparbatzen. Indem sie Sie dazu verpflichtet, das über der Freigrenze liegende Vermögen für den Lebensunterhalt nach und nach aufzubrechen (siehe Box «Fürs Sparen bestraft»).

Mehr noch: Falls es Sie im Rentenalter oder ein paar Jahre da-

FÜRS SPAREN BESTRAFT

Veränderung der EL-Berechtigung des Rentnerpaars je nach Höhe des Sparguthabens, Berechnung für das erste Jahr; Monatsbudget

VERMÖGEN			
Sparguthaben	bis 50 000.–	200 000.–	400 000.–
Freibetrag	–50 000.–	–50 000.–	–50 000.–
Anrechenbares Vermögen	0.–	150 000.–	350 000.–
EINKOMMEN/AUSGABEN			
Renten AHV und Pensionskasse	3700.–	3700.–	3700.–
Ausgaben	–5110.–	–5110.–	–5110.–
Differenz	–1410.–	–1410.–	–1410.–
ERGÄNZUNGSLEISTUNG			
Ohne Vermögen	1410.–	1410.–	1410.–
Vermögensverzehr	0.–	–1250.–*	–1410.–**
Ergänzungsleistung	1410.–	624.–***	0.–

* Altersrentnern wird pro Jahr 1/30 des anrechenbaren Vermögens zum Einkommen gerechnet, entsprechend sinkt der EL-Anspruch. ** Ein Anspruch auf EL entsteht erst, wenn das Vermögen bis zu einem Restbetrag von 200 000 (Alleinstehende 100 000 Franken) aufgebraucht ist. *** Wird ein Anspruch auf EL anerkannt, beträgt die Mindestzahlung 60 Prozent der KK-Durchschnittsprämie, in diesem Fall 60 Prozent von 1040 Franken. Bei EL-Bezug gibt's jedoch keine KK-Prämienverbilligung!

vor nach einer teuren Weltreise gelüftet, gilt diese Auslage schnell einmal als übermässiger Vermögensverzehr. Dann wird die EL-Rechnung für Sie so gemacht, als ob Sie über den Betrag, den die

Gespartes noch schnell vor der Rente verputzen führt zur EL-Kürzung.

Weltreise gekostet hat, noch verfügen würden. Das gleiche gilt für hohe Erbvorauszahlungen an Ihre Kinder: Die dürfen höchstens 10 000 Franken pro Jahr betragen. Und, noch schlimmer: Falls Sie ab

AHV-Alter EL beantragen, kann die Behörde von Ihnen auch Rechenschaft darüber verlangen, was Sie mit Ihrem Vermögen in den letzten zehn Jahren angestellt haben.

Machen Sie also zehn Jahre vor der Pensionierung Ihre persönliche Rechnung. Für Kleinsparnerinnen und Kleinsparer mit tiefen Rentenerwartungen lohnt es sich in der Regel nicht, aufs Alter hin wie wild zu sparen, um mehr als die Vermögensfreibeträge von 50 000 Franken (Ehepaare) oder 30 000 Franken (Alleinstehende) auf die hohe Kante zu legen. Dann lieber mal ein Filet grillen statt Bratwürste.

IV-RENTE UND EL KNACKPUNKT TEILRENTE

Neben Altersrentnerinnen und -rentnern, deren Einkommen nach der Pensionierung nicht zum Haushalten reicht, sind Bezügerinnen und Bezüger von IV-Renten die zweite grosse Anspruchsgruppe für Ergänzungsleistungen: Von den 5,2 Milliarden Franken, welche die EL jährlich verteilt, gehen 2,1 Milliarden an IV-Rentner.

ERWERBSPFLICHT. Der Anspruch auf EL berechnet sich bei der IV nach gleichen Grundsätzen wie bei der AHV. Heikel sind oft die Fälle, in denen eine Teilinvalidität besteht. Denn bei Teilinvaliden unter 60 Jahren gilt als zumutbar, dass sie im Rahmen der Resterwerbsfähigkeit ein Einkommen erzielen. Arbeiten sie dennoch nicht, wird ihnen ein «hypothetisches Einkommen» angerechnet, das die Ergänzungsleistung kleiner ausfallen lässt. Dann liegt es an der versicherten Person, nachzuweisen, weshalb ihr ein Lohnverwerb nicht möglich sei.

SPARREFORM. Von den höheren Wohnbeiträgen der EL-Reform profitieren auch IV-Rentnerinnen und -Rentner, so wie sie andererseits von den neuen Regeln zu den Vermögensgrenzen betroffen sind. Weitere Sparrmassnahmen treffen vor allem die Rentenbezüger unter 60 Jahren. So ist der Beitrag für unterhaltspflichtige Kinder bis 10 Jahre von 10 170 auf 7200 (1. Kind) und 6000 Franken (2. Kind) gesenkt worden. Und bei verheirateten Personen fliesst das Einkommen des Ehepartners nun zu 80 Prozent in die EL-Berechnung mit ein (bisher nur 66,6 Prozent). (jk)

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».

So wird der Fernseher zum Alleskönner

Medioplayer sind praktische Geräte: Sie verbinden den PC mit dem Fernseher. So lassen sich zum Beispiel Filme und Serien von Streamingdiensten wie Netflix auf dem TV abspielen. Zudem können Sie Apps wie Zattoo oder Teleboy auf dem Media-player installieren und so die normalen Fernsehsender empfangen – ein TV-Abo ist nicht mehr nötig. Nicht zuletzt können Sie Videos, Musik und Fotos vom Handy oder Computer auf dem Fernseher abspielen. Voraussetzungen sind einzig eine Internetverbindung und ein Fernseher mit HDMI-Buchse.

Voraussetzung: eine HDMI-Buchse an Ihrem TV-Gerät.

EINFACH. Saldo testete die verbreitetsten Medioplayer. Für Android und PC eignet sich die Mi Box S von Xiaomi (rund 70 Franken). Die Bedienung ist benutzerfreundlich. Ähnlich benutzerfreundlich sind der Chromecast 2020 (rund 85 Franken) und der Shield TV Pro von Nvidia. Letzterer ist mit 240 Franken aber deutlich teurer. Dafür punktet er mit mehr Computerspielen, die auf dem Gerät laufen. Fürs Fernsehen genügen die günstigsten Medioplayer. Bei allen drei Geräten können Sie den Computer via Chrome-Browser mit dem Player verbinden. Um Fotos und Videos vom Handy auf den TV zu übertragen, brauchen Sie für Android die App «Allcast», fürs iPhone «Photo Video Cast to Chromecast».

Für Mac und iPhone ist das Apple TV 4K (rund 180 Franken) die beste Wahl. Damit ist das Verbinden der Geräte besonders einfach. MARC MAIR-NOACK



MULTIMEDIA. Der richtige Medioplayer zaubert Bild und Ton aus vielen Quellen aufs TV-Gerät. FOTO: ISTOCK

Ferien in Sicht: Endlich ab auf die Insel! Wenn das so einfach wäre ...

Reisen planen mit vielen Unsicherheiten

Ein paar Klicks und weg: So ging Ferien buchen vor Corona. Zurzeit ist das Planen einer Reise ganz schön heikel.

MARTIN JAKOB

Jetzt eine Woche Ferien auf Mallorca wäre schön. Denken Sie. Und dann schauen Sie mal, welche pandemischen Schikaken das aktuell bedeutet. Gute Nachricht: Mallorca lässt Einreisen aus dem Ausland zu. Jedoch wird ein maximal 72 Stunden alter, negativer PCR-Test verlangt. Macht etwa 150 Franken. Pro Person. Bei der Einreise wird am Flughafen möglicherweise Ihre Temperatur gemessen. Bei über 37,5 Grad geht's ab zur genauen Untersuchung. Zwischen 22 Uhr abends und 6 Uhr morgens ist Sperrstunde,

Discos sind geschlossen. Na, dann sind Sie jedenfalls gut erholt nach einer Woche «sun, fun and really nothing to do». Und deshalb fit für die Rückreise. Ach ja, etwas hatten Sie in den Ferien doch zu tun: Sie mussten nämlich einen PCR-Test machen, frühestens drei Tage vor dem Rückflug. Kostet nochmals eine Stange Geld. Ist der Test negativ, dürfen Sie wieder in die Schweiz einreisen. Bis am 10. März hätten Sie sogar anschliessend zehn Tage in Quarantäne gehen müssen!

FRAGEN OHNE ANTWORT. Sie sehen: Aktuell steht der Erfüllung Ihres Fernwunsches vieles entgegen. Nicht nur ist das Reisen erschwert und wegen der nötigen Tests teurer, es gilt zudem, die im Zielland geltenden Ein-

schränkungen und Regeln zu beachten. Sobald der Reisebeginn nur schon ein paar Wochen oder gar Monate in der Zukunft liegt, kann Ihnen niemand sagen, wie die Lage sein werde. Werden Sie mit einem Impfpass freier reisen können? Gerät ein Land neu auf die Liste der Risikoländer? Entwickelt sich in der Schweiz eine dritte Welle, und müssten Sie im Zielland bei Anknüpf erst einmal in Quarantäne?

DREI MÖGLICHKEITEN. Mit so wenig Planungssicherheit Ferien zu buchen gleicht einem Vabanque-Spiel. Das sind Ihre Optionen:

1. Zuwarten und last minute buchen. Ein paar Tage vor Abreise lässt sich die Lage besser

abschätzen. Ihr Risiko: Vielleicht ist zwar Ihr Zielland erreichbar, aber es lassen sich nicht mehr alle Ihre Wünsche zur Reisezeit, zum Ferienort, zum Hotelzimmer erfüllen.

2. Buchen mit Storno- und Umbuchungsoption. Sie vertrauen auf eine Entspannung der Situation und buchen die Ferien bereits jetzt – in ein Land, das zum Buchungszeitpunkt keine Quarantäne bei der Einreise verlangt und das nicht auf der Risikoländerliste der Schweiz steht. Buchen Sie nur, wenn Ihnen die Reiseveranstalterin die kostenlose Stornierung oder eine Umbuchung zusichert, falls die Reise ausfällt. Buchen Sie im Reisebüro oder direkt beim Veranstalter ein Arrangement (zum Beispiel Flug und

Hotel), gilt das Pauschalreisegesetz: Fällt die Reise durch Sie unverschuldet aus, haben Sie das Recht auf Alternativangebote oder Rückvergütung. Zusätzliche Sicherheit genießen Sie, wenn Sie die Reise in einem Reisebüro buchen, das dem Garantiefonds angeschlossen ist: Sie erhalten die

Wenn schon buchen, dann mit Storno- und Umbuchungsoption.

Rückvergütung auch, wenn Ihr Reisebüro zahlungsunfähig geworden ist (www.garantiefonds.ch).

3. Sie machen Ferien in der Schweiz. Dort soll's ja auch ganz nett sein!

QUARANTÄNE ERWERBS-ERSATZ

Sind Sie bereits im Feriendland, wenn es der Bundesrat als Risikogebiet einstuft, müssen Sie bei der Rückreise 10 Tage in Quarantäne. In diesem Fall haben Sie während 7 Tagen Anspruch auf Erwerbsersatz in Höhe von 80 Prozent des Lohnes. Mit einem negativen Test können Sie die Quarantäne auf 7 Tage verkürzen. Viele Firmen bezahlen ihren Angestellten während der Quarantäne den vollen Lohn. In diesem Fall geht der Erwerbsersatz an die Firma. Anträge auf Erwerbsersatz sind an die AHV-Ausgleichskasse zu richten.

Produktwarnung über eine App Achtung, Rückruf!

Die neue App «Recall Swiss» informiert über Produktrückrufe.

«Ach, wenn mir nur gruselte!» heisst es im Grimmschen Märchen «Von einem, der auszog, das Fürchten zu lernen». Würde dieser Held heute leben, könnte man ihm die Lektüre der Rückruf- und Gefahrenmeldungen des Bundesamtes für Lebensmittelsicherheit ans Herz legen. «Ethylenoxid in Sesamsamen aus Indien.» «Listerien in Anna's Best Saladbowl Farmer.» «Rückruf: Janod – Nachziehtier Löwe wegen verschluckbarer Kleinteile.» Wenn das nicht zum Gruseln ist!

keine Information über Rückrufe und Gefahrenmeldungen zu verpassen, kann sich jetzt die Warn-App «Recall Swiss» aufs Smartphone laden. Die App bietet eine chronologische Liste der Sicherheitshinweise, die sich nach Sparten filtern lässt (Lebensmittel, Kinderprodukte usw). Zudem lässt

Listerien im Fertigsalat? Da wäre man doch gern gewarnt.

keine Information über Rückrufe und Gefahrenmeldungen zu verpassen, kann sich jetzt die Warn-App «Recall Swiss» aufs Smartphone laden.

Die App bietet eine chronologische Liste der Sicherheitshinweise, die sich nach Sparten filtern lässt (Lebensmittel, Kinderprodukte usw). Zudem lässt

Listerien im Fertigsalat? Da wäre man doch gern gewarnt.

sich ein Warnservice einrichten, der über SMS oder E-Mail auf neue Meldungen aufmerksam macht. Und schliesslich können Konsumentinnen und Konsumenten über die App auch selber gefährliche Produkte melden. Die App steht unter www.recallswiss.admin.ch gratis zur Verfügung. (jk)

workrätsel

Gewinnen Sie eine Übernachtung!



Gewinnen Sie eine Übernachtung mit Frühstücksbuffet für zwei Personen im See- und Seminarhotel Flora Alpina Vitznau LU mit einzigartigem Panoramablick über den Vierwaldstättersee.

LÖSUNG UND GEWINNERIN AUS NR. 4
Das Lösungswort lautet: FREIHANDEL



DEN PREIS, ein K-Tipp-Abo, hat gewonnen: Anna Naik, Zürich. Herzlichen Glückwunsch!

sich viel Zeit lassen			Berufsausbildung	stehende Gewässer	Autor, Erfinder		Laut, Klang	Gesteinsart		Zch. f. Rubidium	Oberhaupt d. Tibeter: ... Lama		Fragewort (1. Fall)		jp. Zeichentrickfilm	Mittagsruhe in Spanien	dicht zusammen	kleine Kleidergröße
Aufgabenbereich								Prime-Ministerin in NZ (Jacinda)							lat.: sechs			
Ausruf d. Überraschung		9	Haushaltsgerät		mit den Ohren wahrzunehmen		8						Mitteluropäer		kurz für: in das			
reizen								früh. finn. Münzeinheit		Hauptstadt v. Südkorea		Abstecher					5	Siegerin im Wettkampf
					ungar. Reiter-soldat			grosses Blas-instrument							clever			Blut-armut
plötzliche Einfälle			Landkartenwerk		Zauber-erei, Magie							Schweiz. Schauspieler † 2004		berühmte Persön-lichkeit				
brit. Partei								wohl-erzogen, brav		Nieder-schlag		Steuer-paradies: Die ...						7
		2			Stern-system		Telefon-benutzer							Teil einer Ma-schine		engl.: bei		
Falsch-meldung in der Presse			Mönchs-gewän-der		Erzengel							Haifisch-rücken-flossen		militär. Verband, Heer				
umstritt. Fussball-WM 2022							US-Komiker † 2017 (Jerry)		Beweis		Liebelei, Roman-ze					Die Partei wurde 1940 verboten		Weg zum Weide-auftrieb
					exzent. Kunststil		Staat in West-afrika							Wein-stock		Bausatz (engl.)		
Braten-saft			aber, anderer-seits								Männer-kurz-name		Hip-Hop-Musiker					10
Lade-raupe						Autokz. Kanton Wallis		Prin-cess of Wales † (Kurzf.)		altes Wort f. jenseits						sozial-demokr. Partei d. Schweiz		ital. Tonbez. für das D
fest wohn-haft			EMS-Chemie: Mehr ... als Löhne										öffentl. Ver-kehrsmittel			Abk.: Répu-blique française		

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----

Lösungswort einsenden an: work, Postfach 272, 3000 Bern 15, oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch Einsendeschluss 26. März 2021

INSERAT

Grosse Bauarbeiter-Abstimmung

Was müssen wir auf dem Bau verändern?

Die Bauarbeiter stehen unter Druck: viele Überstunden, lange Reisezeiten, immer mehr schwere Unfälle. 2022 läuft der Landesmantelvertrag (LMV) aus und wird neu verhandelt. Packen wir die Probleme an und erreichen wir gemeinsam Verbesserungen!

Die Bauarbeiter bestimmen jetzt ihre wichtigsten Forderungen.



Arbeitest du auf dem Bau?
Es braucht auch deine Stimme!
www.unia.ch/lmv2022



WORKLESERFOTO



Freiluft-Leuchtpfahl-Installation

WANN 27. Februar 2021
WO Messen SO
WAS Strassenpfähle, exakt plaziert
Eingesandt von Alfred Winkler, Burgdorf BE

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.
Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

WORK 4 / 5.3.2021: DIE RECHTEN DREHEN DURCH

Das Virus gibt den Ton an!

Langsam, aber sicher sehe ich den Nationalratssaal als grossen Sandkasten, in dem lauter trotzig Buben und Mädchen sitzen. Jeder will es besser wissen und können. Es geht nicht mehr ums Regieren für uns Menschen, es geht nur noch um Machtspiele. Dazu kommt eine Partei, die sich zunehmend wie die Trump-Republikaner verhält, das macht Angst. Ich verstehe nicht, dass es Menschen gibt, die das Verhalten der Empathielosigkeit dieser Menschen unterstützen. Nicht der Bundesrat gibt den Ton in dieser Pandemie an, es ist das Virus. Ich möchte sehen, wie viele dieser Ausrufer Rückgrat genug hätten, um hinzustehen und die Verantwortung zu übernehmen, wenn der Bundesrat gemäss ihrem Wunsch die Restaurants öffnen würde und wir dann 3000 Ansteckungen hätten. Wenn ich etwas tun könnte, würde ich einen grossen Besen nehmen und den ganzen Nationalratssaal ausmisten. Es dürften nur noch Parlamentarier hinein, mit Herz, Nächstenliebe und einer Portion Demut. Vor allem auch solche, die wirklich für das Volk regieren, ohne jegliche Machtspiele. Wenn solche Menschen im Parlament wären, hätten wir schon lange eine Lösung für die AHV.

SILVIA SAVOIA, PER MAIL

WORK 4 / 5.3.2021: JACINDAMANIA

Weiter so!

Der Beitrag über die neuseeländische Premierministerin war Spitze. Die Welt braucht mehr solche Personen in der Politik. Machen Sie weiter so mit Ihrer Arbeit.

MANFRED OTT, BIEL

WORKPOST



Die vergessenen Frauen der Komsomol-Abtippen und Rev...

Sie standen im Dienst der Weltrevolution, durften aber oft... Doch ohne Frauen ging auch in der Kommunistischen Inter...

WORK 4 / 5.3.2021: VERFOLGT UND DANN VERBOTEN

Verzerrte Darstellung

Der Artikel «100 Jahre Kommunistische Partei Schweiz: Verfolgt und dann verboten» stellt die folgenschwere Spaltung der sozialistischen Arbeiterbewegung in einem für die Kommunistische Partei der Schweiz (KPS) viel zu günstigen Licht dar. Er enthält zudem verzerrte Darstellungen historischer Ereignisse. Besonders stossend ist dabei, dass der Artikel die schweren Verletzungen der Menschen- und Gewerkschaftsrechte in den «kommunistisch» regierten Ländern mit keinem Wort erwähnt. So wurde etwa der wohl berühmteste Mitbegründer der KPS, Fritz Platten, 1942 in einem von Stalins berüchtigten Straflagern ohne Gerichtsurteil erschossen. Auch zum opportunistischen, im August 1939 abgeschlossenen und bis zum faschistischen Überfall auf die Sowjetunion im Juli 1941 zwischen Stalin und Hitler bestehenden Nichtangriffspakt schweigt der Artikel. Ohne das Wissen über diesen Pakt ist aber nicht zu verstehen, warum und wie es Ende 1940 zum – gewiss aus rechtsstaatlicher Sicht sehr fragwürdigen – Verbot der KPS durch den Bundesrat kommen konnte. Seinem durchaus berechtigten Anliegen, die Repression gegen KPS- und PdA-Mitglieder und die bisweilen auch auf sozialdemokratisch-gewerkschaftlicher Seite exzessiven Methoden im tragischen Bruderkampf zwischen den nach der Spaltung noch lange verfeindeten beiden Hauptrichtungen der sozialistischen Arbeiterbewegung anzuprangern, erweist der Artikel mit seinen Auslassungen leider einen schlechten Dienst. Gerne hätte ich – als ein auf die Geschichte der Arbeiterbewegung

spezialisiert und selbst nun schon ein Vierteljahrhundert gewerkschaftlich organisierter Historiker – in der Rubrik «work Wissen» ausführlich auf den Artikel geantwortet. Die Chefredaktorin verweigerte mir ohne Angabe einer inhaltlichen Begründung diese Möglichkeit und verwies mich auf die Leserbriefspalte. Ausführlicher mit dem Artikel und vor allem mit den von ihm aufgeworfenen, für das Verständnis der Geschichte der Arbeiterbewegung zentralen Fragestellungen werde ich mich in einer dreiteiligen Artikelserie im «VPOD-Magazin» auseinandersetzen.

ADRIAN ZIMMERMANN, HISTORIKER, MITGLIED UNIA (BZW. VORHER GBI UND SMUV) SEIT 1993, DELÉMONT

Wir möchten festhalten, dass wir Adrian Zimmermann Platz für eine ausführliche Replik angeboten haben. Über die Platzierung von Beiträgen entscheidet die Redaktion aber selber.

Treue zu Stalin

Die KPS betrachtete nicht die Kapitalisten, sondern die Sozialdemokraten als ihre Hauptfeinde. Überall, wo die Kommunisten an die Macht gelangten, gehörten die Sozialdemokraten zu ihren bevorzugten Opfern. Dass sich führende Schweizer Sozialdemokraten und Gewerkschafter dagegen zur Wehr setzten, darf ihnen wohl nicht zur Last gelegt werden. Die KPS hielt zu dessen Lebzeiten stets kritiklos zu Stalin, der als einer der grössten Massenmörder des 20. Jahrhunderts auch viele treue Kommunisten umbringen liess. Auch Stalins Pakt mit Hitler änderte nichts an der Nibelungentreue der KPS. Die Dritte Internationale war letztlich keine Arbeiterorganisation, sondern ein Instrument der KPdSU zur Disziplinierung der kommunistischen Par-

teien in aller Welt. Glücklicherweise haben 1919 die Mitglieder der SPS in einer Urabstimmung entschieden, sich dieser Organisation nicht anzuschliessen. Dieser Beschluss führte bekanntlich zur Abspaltung des linken Flügels der SPS und zur Gründung der KPS.

MARKUS SCHELKER, OBERWIL BL

WORK 4 / 5.3.2021: FRAUEN: PRO JAHR UM 8300 FRANKEN GEPRELLT

Bravo, work!

Jede Berufsfrau wird pro Jahr um 8300 Franken geprellt. Ständerat Ruedi Noser: Umleitung von Kurzarbeitsgeldern auf Aktionärskonten. Zahnarztrechnung 1600.- / Kurzarbeitsentschädigung: 2045.-. Aggressionen, Attacken und Übergriffe der Polizei: So gefährlich leben Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter. Vor 100 Jahren: Gründung der Kommunistischen Partei der Schweiz – verfolgt und dann verboten. Unia-Report über den DPD-Päckliendienst: Drei Stunden Gratisarbeit. Pro Tag! «Sein Kampf für Vernunft und Gerechtigkeit, seine revolutionäre Geduld und sein blitzgescheites analytisches Talent haben mich stets beeindruckt» (Jean Ziegler über seinen in Berlin verstorbenen Freund Urs Jaeggi). Und schliesslich: Das Haustier in der Mietwohnung – was ist erlaubt? Ich gratuliere: So vieles und alles zusammen und noch mehr liest, hört oder sieht man nirgends – ausser im work.

OSWALD SIGG, EX-BUNDESRATSSPRECHER

Unklare Zahlen

Reisserischer Titel, 11 mm hoch: Jede Berufsfrau wird pro Jahr um 8300 Franken geprellt. Es fehlt: im Durchschnitt. Und Silvia Strub vom Bass

meint: Alles in allem lasse sich nur sagen, dass die Lohnunterschiede auf hohem Niveau stagnierten. Woran das genau liege, könne man nicht beantworten. Dafür seien die aktuellen Zahlen zu wenig aussagefähig. Das entspricht durchaus meiner Meinung. Ich bin dafür, dass Frauen und Männer, die die gleiche Funktion ausüben und die gleiche Leistung erbringen, gleich viel verdienen sollen. Aber eine nationale Statistik ist – wie Strub sagt – zu wenig aussagefähig, um dem Zweck zu genügen. Die von work im Artikel präsentierten Zahlen dürfen also durchaus mit einem Fragezeichen versehen werden.

WILLI AERNE, STAAD SG

WORK 4 / 5.3.2021: DPD: DREI STUNDEN GRATISARBEIT. PRO TAG!

So ein Salat

Da haben wir den Salat! Unter dem Slogan «Freier Wettbewerb» wurde vor einigen Jahren das «Monopol» der Schweizerischen Post von der bürgerlichen Mehrheit in den Parlamenten abgeschafft. Schon damals wusste man, dass dies ein Abbau des Service public bedeutete. Man schaffte die Möglichkeit für «Konkurrenten», Rosinen zu picken und die Bedienung abgelegener Gegenden «grosszügig» der Post zu überlassen. Ebenso wurde an eine klare Regelung der Arbeitsbedingungen, wie sie – bis heute noch – bei der Post gilt, natürlich nicht gedacht. Das Resultat: Abbau der Dienstleistungen auf allen Ebenen bei Poststellen, dem Zustelldienst und wenn möglich in Zukunft auch noch bei den Arbeitsbedingungen. Kein Wunder, wenn man die Konkurrenz weiterwursteln lässt. Hier muss dringend ein Riegel geschoben werden!

HEIRI GANTENBEIN, BOTTIGHOFEN TG

WORK 4 / 5.3.2021: REISENDE IM DIENSTE DER REVOLUTION

Verfolgt und ermordet

Die Komintern «scheiterte» nicht grandios, wie work schlussfolgert – ihre Grundideen und Aktivisten wurden verfolgt, zusammengebombt oder ermordet –, doch ihr Grundmotiv, nämlich dass überall auf der Welt Proletarier sind, die eigentlich einen gemeinsamen Kampf führen (oder führen sollten), ist zu Recht noch heute lebendig. Sozusagen eine frühe Globalisierung der Klassenkampfesolidarität. Diese wurde überall auf der Welt mit allen Mitteln bekämpft, gerade auch in der Schweiz, wo man ihre Organisation und ihre Vertreter, die PdA und ihre Aktionen deswegen als «unschweizerisch» oder als «fünfte Kolonne» diskreditierte – während sich der Kapitalismus und sein Ausbeutungssystem munter globalisierte.

RENÉ LECHLEITER, ZÜRICH

David Hofmann (30) ist nicht aus Zucker, aber er macht ihn

«Eine Fabrik zu fahren, das reizt mich!»

Haushaltszucker, Saccharose, Rohrzucker, Melasse – Zucker hat viele Namen, und David Hofmann kennt sie alle. Und er weiss, wie man Rüben in Kristalle verwandelt.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN | FOTOS MATTHIAS LUGGEN

David Hofmanns Arbeitsort ist ein Zuckerhaus. Wer sich dabei so etwas wie ein Lebkuchenhaus vorstellt, ist auf dem Holzweg. In Hofmanns Zuckerhaus dominiert der Stahl. Tanks, Zentrifugen, Zylinder und ein Labyrinth an Förderbändern und Verbindungsrohren. Hier entstehen Kristalle – Zuckerkristalle. Momentan steht sie still, die Zuckerküche, doch bald brodeln es hier wieder. Ab Ende April werden 60 000 Kubikmeter Zuckerrüben-Dicksaft zu Kristallzucker verarbeitet.

Erwacht die Fabrik dann aus dem Winterschlaf? Keineswegs. In den vergangenen Monaten wurde im Zuckerhaus gehämmert, geschraubt oder gebohrt: David Hofmann und seine Kolleginnen und Kollegen haben die Produktionsanlage in Schuss gebracht. Wie Hofmann erklärt, sind solche Revisionsarbeiten während der «Kampagnen», also der Zeit, in der Zucker produziert wird, nicht möglich. Zwischen den Kampagnen arbeitet Hofmann auf seinem ursprünglich erlernten Beruf als Elektroinstallateur. Während der Kampagnen ist Hofmann Schichtführer im Zuckerhaus. Er sagt: «Die meisten hier haben zwei Jobs. Das macht es spannend!»

HOCHKOMPLEX. David Hofmann arbeitet seit 10 Jahren in der Zuckerfabrik in Aarberg BE. Nach ein paar Jahren als Operateur in der Kochstation wollte er mehr. Wissen, wie die Abläufe genau funktionieren, mehr Verantwortung. «Mich interessiert der Umgang mit dem Naturprodukt Zuckerrübe, die Zuckerproduktion ist hochkomplex.» Deshalb liess er sich zum Schichtführer im Zuckerhaus weiterbilden. Hofmann sagt: «Einen ganzen Fabrikbereich fahren zu können, das reizt mich!»

Bald wird Hofmann die Anlage langsam hochfahren. «Es dauert zwei Wochen, bis die nötigen Probeläufe durch sind und alles einwandfrei funktioniert.»

Bis eine Rübe, oder was davon als Bestandteile übrigbleibt, ins Zuckerhaus gelangt, hat sie schon einen weiten Weg hinter sich: Die Erntezeit der Zuckerrüben oder die Rodung, wie es im Fachjargon heisst, beginnt im September. Nach einem ausgeklügelten Plan liefern die Bäuerinnen und Bauern die Rüben nach Aarberg. Als erstes werden sie dort gewaschen und geschnitten. In heissem Wasser wird den Rüben der Zucker entzogen. Es entsteht ein dunkler Zuckerrohsaft. Aus dem Rübenschnitzel gibt's Tierfutter. Der Rohsaft wird mit der Hilfe von Kalkmilch und Kohlensäure gereinigt und besteht anschliessend praktisch nur noch aus Wasser und Zucker. Dieser Dünnsaft wird in der Verdampfsta-

tion weiter konzentriert, bis Dicksaft entsteht.

Ein Teil des Dicksaftes wird eingelagert und dann im Frühling verarbeitet. Der andere Teil kommt direkt in die Kochapparate in Hofmanns Zuckerhaus. Dort wird dem Saft weiter Wasser entzogen. Hinzu kommen ganz feine Zuckerkristalle, das sogenannte Impfgut. Jetzt beginnen die Zuckerkristalle zu wachsen. In Zentrifugen werden dann die Kristalle vom Sirup getrennt. Die Kristalle werden getrocknet, abgeseiht und kommen in den Silo. Der Sirup wird erneut kristallisiert – es bilden sich Rohrzucker und Melasse. Diese wird zum Futtermittel weiterverarbeitet. Der Rohrzucker wird aufgelöst, filtriert und erneut kristallisiert, bis weisser Zucker entsteht. Hofmann erklärt: «Ein Saccharose-Molekül verbringt unter Umständen Tage in der Fabrik, macht mehrere Rundgänge, bis es schliesslich als Zuckerkristall in einem der riesigen Silos landet.» In einem Kilogramm Zucker stecken ungefähr acht Rüben. In der letzten Saison verarbeitete die Zuckerfabrik Aarberg rund 809 000 Tonnen Rüben zu 113 000 Tonnen Zucker.

HÖCHSTLEISTUNG. Auf den Bildschirmen im Leitstand hat Hofmann den Überblick über alle Rohre, Leitungen und Schaltstellen. Aber einen Bürojob hat er nicht. Häufig geht er raus, Treppen hoch und runter, kontrolliert, löst Probleme. Hofmann sagt: «Ich optimiere gerne. Wenn etwas nicht rundläuft, muss ich wieder die volle Leistung herstellen.» Wenn etwa ein Laborwert nicht optimal ist, muss er sofort reagieren. Andere Abweichungen kann er auch über mehrere Tage tolerieren. Hofmann: «Ich muss immer eine Lösung finden. Auch wenn es vielleicht in einem ersten Anlauf nicht die beste ist.» Und er muss immer vorausschauend handeln. «Wenn ich etwas ändere, dauert es einige Stunden, bis die Maschinerie reagiert.»



DAVID HOFMANN FEUERWEHRMANN

David Hofmann ist in Biel aufgewachsen, heute lebt er in Brügg BE. Er ist verheiratet und hat zwei Kinder (5 und 2 Jahre alt). In den ruhigeren Monaten und vor allem während seiner langen Ferien im Sommer ist er viel mit den Kindern unterwegs. Oder mit dem Motorrad: «Töfffahren ist mein grosses Hobby!»

AUSBILDNER. David Hofmann ist bei der Zucker AG in Aarberg in der Betriebsfeuerwehr. Auch in der Feuerwehr seines Wohnortes ist er als Einsatzleiter und Ausbilder tätig. «Die Arbeit bei der Regiofeuerwehr ist recht zeitaufwendig, macht aber viel Freude!» David Hofmann ist Unia-Mitglied. Er arbeitet 100 Prozent und ist zufrieden mit seinem Lohn.

Während der Rübenkampagne im Herbst arbeiten Hofmann und seine Kollegen durchschnittlich 56 Stunden pro Woche im Dreischichtbetrieb. «Mit einer Spezialbewilligung vom Seco», sagt Gewerkschafter Hofmann. «Die Kampagnen sind eine harte Zeit.» Dafür kann er im Sommer Überzeit abbauen. Pro Jahr habe er so ungefähr neun Wochen Ferien: fünf Wochen gemäss Gesamtarbeitsvertrag (GAV) und vier Wochen Überstundenkompensation. Ihm als Sommermensch komme das sehr entgegen. «So kann ich sechs Wochen Sommerferien machen!»

Seit fünf Jahren ist Hofmann in der Werkskommission, seit zwei Jahren ihr Präsident. An diese neue Rolle habe er sich zuerst gewöhnen müssen, jetzt fühle er sich aber wohl. Sich für die Leute einsetzen und auch der Kontakt mit der Geschäftsleitung, das sei schon sehr interessant. Auch bei der Erarbeitung des neuen GAV sass er am Verhandlungstisch, unterstützt durch die Unia. Mit dem Resultat ist Hofmann zufrieden: «Wir haben das Beste herausgeholt.» Besonders erwähnenswert: Neu haben frischgebackene Väter Anrecht auf einen dreiwöchigen Vaterschaftsurlaub.



IM ZUCKERHAUS: Hunderte Kabel, Rohre und Schalter, und Schichtleiter David Hofmann kennt sie alle.

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriff, kritisch, frech.

work abonnieren.

Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft. **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia. **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern. **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15. **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18. **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch. **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch. **Internet** www.workzeitung.ch. **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejoseekuhn@workzeitung.ch; Anne-Sophie Zbinden (Stv. Chefredaktorin, Produzentin), annesophiezbinder@workzeitung.ch; Patricia D'Incau, patriciadinciau@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Jonas Komposch, jonaskomposch@workzeitung.ch; Johannes Supe, johannessupe@workzeitung.ch. **Mitarbeit an dieser Nummer** Katrin Bärtschi, Jérôme Béguin, Peter Bodenmann, Oliver Fahmi, Martin Jakob, Andreas Rieger, Clemens Studer, Michael Stötzel, Jean Ziegler. **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch. **Korrektorat** Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch. **Sekretariat** Mirka Grossenbacher (Mo–Mi, Fr) verlag@workzeitung.ch. **Anzeigenmarketing** Mirka Grossenbacher, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch. **Druck** CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen. **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.–. **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch. **Auflage** 74 963 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.